



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2011

Alte Genossen neu vernetzt

Russen und Wölfe

Das wirkliche Kuba



Aktuell

- 3 Terror statt Reue
Sacharow-Preis
Stiftungsbeirat
Protest gegen Schließung

Kommentare

- 4 Egal, welcher Pfad zum Kommunismus führt?
Grandioser Irrweg
Richtigstellung

Recht

- 5 Findbuch erschienen
Die Gefangenenaufzeichnungen der DDR, Teil 4

Thema

- 6 Alte Genossen – neu vernetzt

Geschichte

- 8 Wie bei Rodach die Grenze entstand

Berichte

- 10 Das wirkliche Kuba
- 11 Kinder-Treffen
- 12 Lebendiges Denkmal
Unsichtbare Spuren
Die Schwundpartei
- 13 Schicksal Zwangsarbeit
Suchanzeigen

Verbände

- 14 UOKG-Veranstaltung
Ausstellung in Potsdam
Bildmappe Buchenwald
Leserbriefe

Zeitzeugen

- 15 Freie Meinung auf UKW

Service/Bücher

- 17 Wiedervereinigung
- 18 Schwarzenberg
- 19 Kicken für die Partei

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

2011 jährt sich zum 50. Mal der Bau der Mauer. Aus diesem Anlaß präsentiert die Bundesstiftung Aufarbeitung gemeinsam mit den Zeitungen BILD und Die Welt das Ausstellungsprojekt „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“. 20 großformatige Plakate erzählen die Geschichte der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer mit eindrucksvollen Fotos und begleitenden Texten. Die ungewöhnliche Form ermöglichte eine Druckauflage von 3700 Stück und den preiswerten Erwerb für 50,- €. So wird sie deutschlandweit in über 3000 Städten und Gemeinden zu sehen sein und kann noch bestellt werden bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin, Tel. (030) 31 98 95-0, E-Mail buero@stiftung-aufarbeitung.de

Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung

Was guckst du, du Opfer?

Von Rainer Wagner

Unter dem Titel „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ gab Dolf Sternberger, einer der Mitbegründer der deutschen Politikwissenschaft in der Nachkriegszeit, 1957 ein Standardwerk heraus, das die Veränderung und den Mißbrauch der Sprache durch die Nationalsozialisten entlarvte. Auch heute bedürften manche sprachliche Entwicklungen einer solchen Untersuchung. Der Begriff „Opfer“ wäre ein gutes Beispiel. Früher wurde diese Bezeichnung meist mit Achtung und Mitgefühl benutzt. Man bemühte sich, das Leid der Betroffenen zu lindern. Öffentlich ehrte man besonders die Opfer von Kriegen, Rassenhaß und Willkür. Auch uns Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft wurde zumindest verbal Respekt und Achtung bekundet.

Heute ist zu beobachten, wie sich der Opferbegriff langsam zum Ausdruck eines Makels entwickelt. Im Unterschicht-Jargon ist er eine Synthese mit Verlierer und Versager eingegangen. Besonders unter Jugendlichen, die manchmal kaum der deutschen Sprache mächtig zu sein scheinen, werden Menschen als Opfer bezeichnet, die in der sozialen Hackordnung an unterster Stelle stehen. Ohne mit Gegenwehr zu rechnen, kann man sie drangsaliieren, verhöhnen oder ausplündern. Die Folgen solcher menschenverachtenden Einstellung haben viele von uns schon während der Haft von ihren kriminellen Mitgefangenen zu spüren bekommen. Setzten doch die Kommunisten im System der sogenannten Gruppenerziehung die niedrigsten menschlichen Verhaltensweisen gezielt gegen uns ein.

Welche giftigen Blüten diese Geisteshaltung auch heute noch hervorbringt, zeigte sich ausgerechnet am 10. Dezember 2010, dem „Tag der Menschenrechte“. In Oslo wurde der Bürgerrechtler Liu Xiaobo, den die chinesische Regierung eingekerkert hat, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Weder er noch seine Frau, die ohne Gerichtsurteil

in Hausarrest gehalten wird, konnten die Auszeichnung entgegen nehmen. Über 20 Staaten beugten sich den Drohungen der chinesischen Kommunisten und boykottierten die Preisverleihung. Eine solche Verleugnung der Grundsätze der Menschenrechte sowie Brückierung der humanitären Öffentlichkeit und unschuldiger Opfer hatte sich bisher nur einmal, 1936, durch das NS-Regime zugetragen.

Ebenfalls am 10. Dezember wurde in Deutschland das Computerspiel „1378 km“ offiziell präsentiert und ins Internet gestellt. Unter dem Deckmantel angeblicher Geschichtsvermittlung und der „Freiheit der Kunst“ darf man jetzt spielerisch erneut unbewaffnete Flüchtlinge am „Antifaschistischen Schutzwall“ abknallen. Die Verantwortlichen der Staatlichen Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe ließen sich weder durch Bitten noch durch Argumente oder Proteste davon abhalten, den Opfern und ihren Angehörigen mit diesem Affront ins Gesicht zu schlagen (Veranstaltung dazu s. S. 14).

Das Jahr 2011 hat gerade erst angefangen, doch Opfer wurden bereits erneut zu Opfern gemacht. Während die Parteivorsitzende der Linken, Gesine Lötzsch, auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Zeitung „junge welt“ über Wege zum Kommunismus sinnierte, schlugen Linksradikale derweil vor dem Gebäude auf friedlich demonstrierende ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes ein und verletzten sie erheblich.

Daß wir weiter für die Ehre und den Respekt gegenüber den Widerständlern und Opfern von Totalitarismus eintreten, sind wir nicht nur denen schuldig, die in Lagern oder an der Mauer zugrundegegangen sind. Wir sind es auch uns und der Gesellschaft schuldig.

Denn wir sind zwar Opfer, aber anders, als der Zeitgeist meint, weder Schwächlinge noch Idioten!

Terror statt Reue

(uokg) In der Vorweihnachtszeit 2010 hatte die Bischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse Junkermann, die Opfer der SED-Diktatur aufgefordert, sich mit den einstigen Stasi-Verfolgern zu versöhnen. Dazu erklärte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG, daß es ohne tätige Reue keinen Grund gebe, mit denen, die in ihren Opfern den Klassenfeind sahen, irgendeine Gemeinsamkeit zu suchen. „Solange es das Hauptanliegen von SED- und Stasi-Tätern ist, ihre in der Diktatur erlangten Privilegien im vereinten Deutschland zu sichern, können wir kaum von echter Reue reden.“

Angesichts des Bekenntnisses der Linken-Vorsitzenden Gesine Löttsch zum Kommunismus forderte die UOKG im Namen der politischen Opfer von SBZ und DDR „die flächendeckende Beobachtung dieser linksextremen Partei durch den Verfassungsschutz in allen Bundesländern. Die Beobachtung der Linkspartei müsse aufgrund des gemeinsamen Auftretens von Frau Löttsch und anderen Repräsentanten dieser Partei mit RAF-Terroristen wie Inge Viett über die bisherige Beobachtung allgemein zugänglicher Quellen hinaus erweitert werden. In Frage kämen alle rechtsstaatlich vertretbaren Maßnahmen, wie sie auch gegen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen eingesetzt würden.“

Zu den Angriffen linksextremer Schläger auf friedliche Teilnehmer einer Demonstration ehemaliger politischer Häftlinge stellte der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, fest, daß der Vorfall zeige, wohin die Wege zum Kommunismus führten: zu Intoleranz, Brutalität und Terror.

Sacharow-Preis

(st)Im Dezember 2010 wurde dem kubanischen Oppositionellen Guillermo Fariñas der Sacharow-Preis für Menschenrechte des Europäischen Parlaments verliehen, der zur Entgegennahme allerdings keine Ausreiseerlaubnis von der Castro-Regierung erhielt. Der Journalist und Psychologe hatte die unabhängige Presseagentur „Cubanacán Press“ gegründet, mit der er die Weltöffentlichkeit über das Schicksal politischer Gefangener in Kuba informieren wollte. Mehrfach trat er in Hungerstreik, um gegen die Zensur des

Internets und die Behandlung von Gefangenen zu protestieren. Mit der Ehrung Fariñas' wurde der Sacharow-Preis bereits zum dritten Mal einem kubanischen Dissidenten verliehen.

Nachfolger gewählt



Foto: R.-Havemann/Gesellschaft/Frank Ebert

Am 28. Januar wurde der ehemalige Bürgerrechtler Roland Jahn vom Bundestag mit großer Mehrheit zum neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. Die Amtszeit der gegenwärtigen Beauftragten, Marianne Birthler, endet im März.

Protest gegen Schließung

(zi-st)In einer Pressekonferenz am 25. Januar hat die Leitung der Gedenk- und Begegnungsstätte im ehemaligen KGB-Gefängnis Leistikowstraße ihren Zeitplan für die vorgesehene Dauerausstellung bekanntgegeben. Demnach umfaßt die Neugestaltung auch eine zwischenzeitliche vollständige Schließung der Gedenkstätte von September 2011 bis Februar 2012. Die Zeitzeugen-Initiative, eine Vertretung der über 20 ehemaligen noch lebenden Häftlinge dieses Gefängnisses, hat dagegen scharf protestiert. Die Vorgehensweise sei nicht mit ihnen abgestimmt worden. Seit die Gedenkstättenleitung im März 2009 die Arbeiten aufnahm, hätten die Zeitzeugen sich zunehmend als Störfaktor empfunden. Immer wieder seien Gründe vorgeschoben worden, ein Gedenken am Ort zu verhindern. Von Empathie könne keine Rede sein. Es sei ein

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Skandal, daß wegen der Arbeit an einer Ausstellung, für die inzwischen drei Jahre veranschlagt worden wären, nun auch noch eine temporäre Gesamtschließung der Gedenkstätte beabsichtigt sei. Dem Protest schlossen sich der Gedenkstättenverein Leistikowstraße, die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus an.

Stiftungsbeirat

(st)Am 15. Dezember 2010 ist der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG, Rainer Wagner, zum Vorsitzenden des Beirats der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gewählt worden. Damit gehört er nun auch zum fünfköpfigen Stiftungsrat der Gedenkstätte. Stellvertretende Beiratsvorsitzende wurde Ulrike Poppe, brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

Neujahrsempfang



Foto: bildschoen

Anläßlich des Neujahrsempfangs beim Bundespräsidenten am 13. Januar 2011 im Schloß Bellevue hat der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner (r.), die Belange der Opfer angesprochen. Christian Wulff sagte daraufhin ausdrücklich seine Unterstützung für die Anliegen des Dachverbandes zu.

Egal, welcher Pfad zum Kommunismus führt?

Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Auch Gesine Löttsch verschmäht es tapfer, um den heißen Brei herum zu reden: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“

Gewaltsamer Umsturz? Nein, da beugt sie sich der Parteidisziplin, wo man sich auf die weichen Begriffe „Systemveränderung“ oder „Richtungswechsel“ einigte und weiß, was damit gemeint ist. Jetzt, wo man (noch) nicht allein herrscht, darf man sich selber widersprechen und dabei auf Marx berufen, der 1857 schrieb: „Es ist möglich, daß ich mich blamiere. Indes ist dann immer mit einiger Dialektik zu helfen. Ich habe natürlich meine Aufstellungen so gehalten, daß ich im umgekehrten Fall auch Recht habe.“

So schlau waren Pieck und Ulbricht auch, als sie ihre Kaderpartei nach der kannibalenischen Einverleibung der SPD nicht

KPD, sondern Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) nannten. Dazu der treffliche Kommentar des Kommunisten und KGB-Oberstleutnants Willi Rom: „Die Partei, die ist noch da. Die KPD hat unter viel schwierigeren Umständen gekämpft. Sie hat nie aufgegeben. Sie gibt vielleicht ihren Namen auf, heißt SED oder PDS, aber sie gibt nie ihr Ziel auf ... Warten Sie ab. Das, was hier in der DDR passiert, ist noch lange nicht fertig ... Der Weg wird lang, wenn man Fehler macht. Die SED hat Fehler gemacht. Aber das Ziel erreichen wir. Die darauf hoffen, daß der Kommunismus am Ende ist, hoffen vergebens.“ Auch die im Bundestag statt im Knast sitzende Genossin Wagenknecht vertritt diese, aber auch jene Meinung: „Die Linke ist doch die einzige Partei, die das Grundgesetz noch ernst nimmt.“ Gefängnis? Nein, Irrenhaus!

Frau Löttsch doziert: „Egal, welcher Pfad zum Kommunismus führt, alle sind sich einig, dass es ein sehr langer und steiniger sein wird.“ Die logische Fortführung liest sich bei Marx so: „Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von euch. Wenn die Reihe an uns kömmt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen.“ Das macht auch Frau Löttsch nicht, denn

offen sagt sie: „Es sind viele Bausteine, mit denen wir darum kämpfen, in der heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft über sie hinaus zu wirken, die Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft zu überwinden, die Ansätze einer neuen Gesellschaft ‚hineinzupressen‘ in die alte, bis sich beweist, dass dem demokratischen Sozialismus die Zukunft gehört.“ Und an anderer Stelle: „Ich erkläre ausdrücklich, dass für mich linke Politik insgesamt und die Politik der Partei DIE LINKE in der herausfordernden Tradition ‚Gesellschaft verändernder radikaler Realpolitik‘ steht.“

Wohlstandsbürgern fällt selbst hier noch nicht der Groschen. Sie müssen wahrscheinlich den Terror einer „radikalen Realpolitik“ erst am eigenen Leib verspürt haben, wie ich selber. Dann verstand ich Marx: „Prügel ist das einzige Resurrektionsmittel für den deutschen Michel.“ Nach einer Prügelorgie des uniformierten „Erziehers“ Höffricher im Zuchthaus Cottbus begriff ich, als ich mich blutend am Boden wälzte, den ehrlichen Satz von Marx: „Wir haben es nie verheimlicht. Unser Boden ist nicht der Rechtsboden, es ist der revolutionäre Boden.“

Siegmar Faust

Grandioser Irrweg

Die Vorstellungen der Linken-Parteivor-sitzenden Gesine Löttsch von einer kommunistischen Zukunft und der Suche nach Wegen dorthin haben sich inzwischen bis in die letzten Winkel unseres Landes verbreitet. Ihre politischen Feststellungen sind für die meisten Deutschen nicht nur unerträglich, sie sind ausgesprochen peinlich. Das hieße ja, daß wir in Deutschland, aber auch alle anderen Nationen

des ehemaligen Ostblocks, nicht in der Lage wären, aus der Geschichte zu lernen. In allen diesen Ländern mußte der Weg zum Kommunismus nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen abgebrochen werden. Er hinterließ auch eine blutige Spur unendlichen Leids. Die Reste kümmern heute nur noch auf Kuba und in Nord-Korea dahin.

Einer, der das Ende des Weges zum Kommunismus im östlichen Teil Deutschlands beschrieben hat, ist im Dezember letzten Jahres gestorben: der Kandidat des SED-Politbüros und langjährige Chef der allmächtigen Plankommission, Gerhard Schürer. Nachdem er jahrelang über die Mißstände in der DDR-Wirtschaft geschwiegen hatte, um seinem Generalsekretär Honecker die Illusion der Überlegenheit des Sozialismus nicht zu zerstören, legte er für eine Politbüro-Sitzung am 30. Oktober 1989 (also zehn Tage vor dem Fall der Mauer) einen Bericht über die mindestens seit 1985 bestehende desolate volkswirtschaftliche Situation der DDR vor, aus der es kein Entrinnen aus

eigener Kraft gab. Alle denkbaren Maßnahmen hätten eine totale Abkehr von der bisherigen Politik bedeutet, waren also undurchführbar. Es folgte eine Reaktion, die uns als Opfer des DDR-Regimes bekannt vorkommt: Er wurde wegen Sabotage und „verbrecherischem Vertrauensmißbrauch“ angeklagt, inhaftiert, dann aber im Zuge des Untergangs der DDR freigesprochen. Wie so viele andere wurde er nur deshalb von der „Klassenjustiz“ belangt, weil er es gewagt hatte, die Wahrheit zu sagen, und das noch nicht einmal in der Öffentlichkeit, denn es war ein internes Dokument.

Kommunismus und Sozialismus (auch der sogenannte demokratische), seit mehr als hundert Jahren immer wieder angestrebt, haben sich als grandiose historische Irrwege mit vielen Millionen Opfern erwiesen. Keinem ist mehr die Erprobung eines „neuen“ Weges zuzumuten und auf die Erlösungsversuche von Frau Löttsch und ihren Genossen zu warten.

Hans-Peter Schudt

Richtigstellung

Zum Interview „DDR wird immer fremder“, Nr. 9/2010, S. 6

Die Auswahl der Probanden für die aktuelle Studie zum zeitgeschichtlichen Bewußtsein von Jugendlichen in Deutschland des Forschungsverbunds SED-Staat erfolgt selbstverständlich nicht durch den Beirat, sondern nach wissenschaftlichen Standards durch die Projektgruppe. Herr Hillmer ist mit anderen Aufgaben im Projekt betraut und hat die Frage nach der methodischen Auswahl der Probanden nicht korrekt beantwortet.

Prof. Dr. Klaus Schroeder,

wissenschaftlicher Leiter, Forschungsverbund SED-Staat

Standortbestimmung

Findbuch für Orte des Gewahrsams deutscher Kriegsgefangener erschienen

Während des Zweiten Weltkrieges gerieten mehr als 3 Millionen Soldaten der Deutschen Wehrmacht und Hunderttausende deutsche Zivilisten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Sie wurden in Tausenden von Lagern auf dem gesamten Territorium der UdSSR untergebracht. Aus Gründen militärischer Geheimhaltung waren diese Lager jeweils mit Nummern versehen - oft die einzige Information zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener und Internierter, über die die Angehörigen verfügten bzw. die sie erhalten konnten. Doch die Nummern sagten nichts aus über den Ort, an dem sich das Lager, der Friedhof oder das Arbeitsbataillon tatsächlich befand.

Mit dem im Sommer 2010 erschienenen Findbuch „Orte des Gewahrsams von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion 1941-1956“ ist es nunmehr möglich, auf Grundlage der Nummer eines Lagers, Arbeitsbataillons oder

Friedhofs dessen Standort genau zu bestimmen. Aus den Postfachnummern ist zum Beispiel ersichtlich, durch welche Lager der Gefangene gegangen ist, geordnet nach Nachfolgestaaten, Kreisen und Städten der ehemaligen Sowjetunion.

Das Findbuch ist ein Gemeinschaftswerk von russischen Archiven, der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Es setzt die Reihe bereits erschienener Publikationen zur Aufarbeitung der Kriegsgefangenenproblematik fort und stellt eine ideale Ergänzung zu den nach Deutschland gelangten Kriegsgefangenenakten und den umfangreichen Informationen des DRK-Suchdienstes dar, die dieser im Rahmen von Heimkehrerbefragungen und anderen suchdienlichen Maßnahmen erhalten hat.

Das Findbuch gliedert sich in die Abschnitte Lager, Arbeitsbataillone und Friedhöfe. In die deutsche Ausgabe wurde zusätzlich der Bereich Frontlager aufgenommen. Das umfangreiche Register mit dem alphabetischen Ortsverzeichnis ermöglicht dem Interessenten sämtliche Standorte von Lagern, Arbeitsbataillonen und Friedhöfen zu finden, teilweise mit ergänzenden Hinweisen, z.B. Umbenennungen in der Nachkriegszeit oder besondere Standortmerkmale. Die Lage von Tausenden der Lager, Arbeitsbataillone und Friedhöfe kann nun auf Karten nachvollzogen werden, und viele Angehörige erfahren, welchen Weg ihre Verwandten gegangen sind bzw. wo sie ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Nähere Auskünfte werden erteilt unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Die Gefangenenakten der DDR/ Teil 4

Alle Akten, die aus Untersuchungen des MfS – auch im DDR-Strafvollzug – resultieren, befinden sich bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin (siehe auch Einführungsartikel, der stacheldraht, 7/2010, S. 4).

Land Sachsen (2. Teil)

*Sächsisches Staatsministerium
der Justiz
Hospitalstr. 7
01097 Dresden*

- **Strafvollzugseinrichtung Leipzig** – Zeitraum: 1960 (vollständig vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Leipzig mit Krankenhaus, Leinestr. 111, 04289 Leipzig; Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Schongauerstr. 1, 04328 Leipzig; Zeitraum: 1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Leipzig mit Krankenhaus, Leinestr. 111, 04289 Leipzig
- **Strafvollzugskrankenhaus Leipzig** – Zeitraum: 1974 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Leipzig mit Krankenhaus, Leinestr. 111, 04289 Leipzig
- **Außenstelle Markkleeberg** (Strafvollzugseinrichtung Leipzig) – Zeitraum: 1971 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Leipzig mit Krankenhaus, Leinestr. 111, 04289 Leipzig
- **Haftarbeitslager Oelsnitz** – Zeitraum: 1955 bis 1965, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1a, 04736 Waldheim
- **Strafvollzugseinrichtung Plauen** – Zeitraum: 1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden), 37 Akten von Gefangenen mit Abgang Bundesrepublik Deutschland, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1a, 04736 Waldheim
- **Außenstelle Rackwitz** (Strafvollzugseinrichtung Leipzig) – Zeitraum: 1971 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Leipzig mit Krankenhaus, Leinestr. 111, 04289 Leipzig
- **Strafvollzugseinrichtung Regis** – Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Schongauerstr. 1, 04328 Leipzig; Zeitraum: 1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Leipzig mit Krankenhaus, Leinestr. 111, 04289 Leipzig
- **Haftarbeitslager Riesa** – Zeitraum: 1960 bis 1964 Sammelakten, aktueller Aufenthaltsort: JVA Dresden, Hammerweg 30, 01127 Dresden; Zeitraum: 1965 bis 1990 (keine Angabe zur Vollständigkeit), aktueller Aufenthaltsort: JVA Zeithain, Glaubitzer Straße, 01619 Zeithain

(Angaben ohne Gewähr; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)
Bereits erschienen:
Land Berlin, Nr. 7/2010, S. 4
Land Brandenburg, Nr. 8/2010, S. 6
Land Meckl.-Vorpommern, Land Sachsen (1. Teil), Nr. 9/2010, S. 4

Alte Genossen – neu vernetzt

Organisationen ehemaliger bewaffneter Kräfte und Eliten der DDR

Bereits acht Monate nach der deutschen Wiedervereinigung begannen die ehemaligen Eliten der DDR, erste Vereinigungen auf der Grundlage bundesdeutschen Rechts zu gründen, meist als eingetragene Vereine. Die vier wichtigsten der bekannten Organisationen entstanden zwischen 1991 und 1993 und bestehen, teilweise in veränderter Form, bis heute. Sie konzentrieren sich im Ostteil Berlins und reichen in ihren Vereinsstrukturen nicht über die neuen Bundesländer hinaus. Über Doppelmitgliedschaften und die Mitarbeit in verschiedenen Dachverbänden und linksradikalen Netzwerken wirken sie jedoch mittelbar tief in den Westen hinein.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)

Die GBM wurde im Mai 1991 gegründet, Mitglieder können natürliche und juristische Personen sein, sie gliedert sich in Ortsverbände und zur Zeit folgende Arbeitskreise: AK Menschenrechte, Freundeskreis „Kunst aus der DDR“, Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums epf, Berliner Alternatives Geschichtsforum, AK Solidarität und AK Kultur und Bildungsreisen. Sie ist Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden (OKV) und im Forum Menschenrechte (s. Kasten S. 7). Ihr Emblem ist die blaue Rose, nach einem Entwurf des DDR-Malers Walter Womacka. Die GBM gibt monatlich das Mitgliederblatt „akzente“ und vierteljährlich die theoretisch ausgerichtete Zeitschrift „Icarus“ heraus und betreibt die website www.gbmev.de. Vorsitzender ist Prof.Dr. Wolfgang Richter, die Geschäfts-

stelle befindet sich in Berlin-Lichtenberg, Weitlingstr. 89. Die GBM nennt als Ziele u.a., Menschenrechtsverletzungen festzustellen, zu erforschen, zu dokumentieren und darüber zu informieren, Kampf für Frieden, Solidarität und „Rentengerechtigkeit“. Sie bietet Beratungsleistungen für ihre Mitglieder an. Kultur und Kunst der DDR finden in Veranstaltungen besondere Beachtung. Der Titel einer Folge von Lesungen und Diskussionen am 7. Oktober 2010 aus Anlaß des 61. Jahrestages der Gründung der DDR scheint Programm zu sein: „Erinnerungen an ein verschwundenes Land“. Man gedachte des verstorbenen Malers Walter Womacka, es sprach der Schriftsteller Eberhard Panitz, Rechtsanwalt Friedrich Wolff las aus seiner Autobiographie und Hans Modrow diskutierte mit Gabriele Oertel vom ND. Neben der Pflege von DDR-Traditionen gibt der Verein zu bestimmten Anlässen Erklärungen heraus. Noch 2007 bewegten sich diese nahezu vollständig im alten Sprach- und Erklärungsmuster: „Antikommunismus schafft einen günstigen Nährboden für faschistisches Gedankengut, für die Verfolgung revanchistischer und aggressiver Ziele. Er bedroht Frieden und internationale Sicherheit und ist für jede Gesellschaft stabilitätsgefährdend“, hieß es in einem Beitrag vom 20.2.2007, den der Vorstand der GMB unterstützte. Zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit scheint zumindest die Sicht auf die DDR etwas differenzierter geworden zu sein: „Defizite in der Demokratie, eine verfehlte Informationspolitik, beschränkte Reisemöglichkeiten wirkten bei vielen der Verbundenheit mit dem Sozialismus entgegen.“ Geblieben sind jedoch eine Fundamentalkritik am wirtschaftlichen, politischen und sozialen System der Bundesrepublik sowie die grundsätzliche Verteidigung der DDR.

Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR)

Gegründet im Juni 1991, vereint ISOR nur natürliche Mitglieder und ist gegliedert in Territoriale Initiativgruppen (TIGs). Sie gehört dem OKV an, gibt monatlich das Mitteilungsblatt „ISOR aktuell“ heraus und ist im Internet unter www.isor-sozialverein.de zu erreichen. Als Vorsitzender wird Horst Parton genannt, die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin-Friedrichshain, Franz-Mehring-Platz 1, im Verlagshaus des „Neuen Deutschlands“. Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Durchsetzung der Ansprüche aus Renten- und Sonderversorgungssystemen der DDR für die o.g. Gruppen, aber auch für zivile ehemalige Angehörige des Staatsapparates und staatsnahe Angestellte. Juristisch bestens unterstützt, hat ISOR im Laufe der Jahre auf diesem Gebiet erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Noch immer sind Verfahren in allen Instanzen anhängig. Der Verein bietet seinen Mitgliedern rechtliche Beratung und auf der Website zahlreiche Petitionsbeispiele, Musterbriefe u.ä. an. Neben rechtlichen und sozialen Belangen findet sich in den ISOR-Veröffentlichungen auch Agitation zur DDR-Legitimierung. Das bezieht sich meist auf die frühere Tätigkeit ihrer Klientel. So schreibt etwa Dieter Winderlich über die „Deutsche Volkspolizei – einzige antifaschistische Polizei auf deutschem Boden“ und Generaloberst a.D. Fritz Streletz, als Mitverantwortlicher des Grenzregimes an der Berliner Mauer 1993 zu fünfzehn Jahren verurteilt, erklärt, der unblutige Verlauf der Friedlichen Revolution sei der DDR-Staatsführung zu danken.

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH)

Der im Mai 1993 gegründeten Gesellschaft können natürliche und juristische Personen angehören, sie ist in Territorialen Arbeitsgruppen (TAGs) organisiert und hat derzeit folgende zentrale Arbeitsgruppen: AG Recht, AG Information und Dokumentation, AG Betreuung, AG Grenze, AG Grenze International, AG Sport,

Preise

Die GBM verleiht jährlich einen Menschenrechtspreis. Zu den Preisträgern gehören bereits Fidel Castro, Rechtsanwalt Friedrich Wolff, Angela Davis, Walter Womacka und Willi Sitte.

2009 verlieh das „Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde“ dem ehemaligen DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler den „Preis für Solidarität und Menschenwürde“. GRH-Vorsitzender Hans Bauer würdigte dabei „die unbeugsame Haltung von Heinz Keßler in der Zeit der strafrechtlichen Verfolgung durch die Klassenjustiz der BRD“. Ein Bericht der GRH über diese Veranstaltung enthält den bemerkenswerten Satz: „Beim abschließenden gemeinsamen Gesang der ‚Internationale‘ standen manchem Kämpferherz die Tränen in den Augen.“

AG Aufklärer (möglicherweise identisch mit der AG Kundschafter), AG Sicherheit. Die GRH ist Mitglied des OKV und der GBM. Mitglieder erhalten monatlich die „GRH-Mitteilungen“, in „Informationen“ werden längere Abhandlungen über Strafrechtsprobleme, vor allem von DDR-Juristen, veröffentlicht, die Adresse der Internetseite ist www.grh-ev.org. Den Vorsitz führt Rechtsanwalt Hans Bauer (ehem. Mitarbeiter beim Generalstaatsanwalt der DDR), die Geschäftsstelle befindet sich ebenfalls am Franz-Mehring-Platz 1 im ND-Gebäude. Nach eigener Auskunft tritt die GRH ein für Bürger, die wegen Tätigkeit für die DDR strafverfolgt sind, wegen „Wahrnehmung ihrer Bürger- und Menschenrechte von der politischen Strafjustiz verurteilt wurden“, außerhalb der DDR für diese gearbeitet und deshalb strafverfolgt sind, und für im Dienst der DDR Geschädigte. Sie bezeichnet sich selbst als „Widerstands-, Solidar- und Opfergemeinschaft“ und fordert in einer Erklärung vom 2.10.2010 u.a. die „Rehabilitierung aller Bürger, die in der DDR Verantwortung getragen haben“. Zu den prominenten Mitgliedern gehören Egon Krenz und der ehemalige Verteidigungsminister Heinz Keßler, der 1993 als Mitverantwortlicher für das Grenzregime zu siebeneinhalb Jahren verurteilt wurde und 2009, im Alter von 89 Jahren, der DKP beitrug. Die Ideologie der GRH rechtfertigt und verteidigt eindeutig und teilweise aggressiv die DDR, Sozialismus wird mit Frieden und sozialem Fortschritt gleichgesetzt, die westliche Staatengemeinschaft mit „Imperialismus“.

Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS

Das Insiderkomitee wurde im Mai 1992 gegründet, existierte ab 1993 als eingetragener Verein, der sich 1997 wieder auflöste. Darauf nahm es den Status einer Arbeitsgemeinschaft in der GBM an, der 2008 wieder aufgegeben wurde. Seither bezeichnet es sich als „informellen Zusammenschluß“. Seine Mitglieder sind offenbar ausschließlich ehemalige Angehörige des MfS, von denen einzelne auch zu anderen o.g. Organisationen gehören. Bis 2008 erschien die Publikation „IK-KORR“, die Website www.mfs-insider.de wird noch betrieben. Den Vorsitz haben als gleichberechtigte Sprecher Wolfgang Schmidt und Klaus Eichner (auch Mitglied in der AG Aufklärer der GRH). Das

Insiderkomitee bemüht sich nach eigener Aussage um eine „objektive Bewertung des MfS“ und will „zur Aufdeckung der Ursachen des Scheiterns des Sozialismus-Modells sowjetischen Typs“ beitragen, hält aber an der Idee des Sozialismus fest. Einige Mitglieder nahmen an kirchlich initiierten und moderierten sogenannten Täter-Opfer-Gesprächen teil, deren vor allem psychologische Wirkung auf ehemalige politische Häftlinge allerdings sehr umstritten ist. Aus den Beiträgen des Komitees, die einen moderaten Eindruck vermitteln wollen, läßt sich die Tendenz herauslesen, das MfS sei ein Geheimdienst gewesen wie jeder andere auch. Fraglich ist, ob die Mitglieder tatsächlich differenzierter als andere an die Analyse ihrer Vergangenheit herangehen, wie behauptet, oder ob sie aufgrund höherer intellektueller Fähigkeiten nur einen wirksameren Weg der Verteidigung gewählt haben.

*

Die Vereinigungen unterscheiden sich partiell hinsichtlich ihres Mitglieder-schwerpunkts, ihrer Kernaufgaben und des Tons, in dem sie ihre Forderungen vortragen. Das Insiderkomitee sieht sich zweifellos als Elite, ISOR ist Kämpfer gegen das „Rentenstrafrecht“, die GRH scheint besonders tief gekränkte Verlierer der Geschichte anzuziehen und die GBM umfaßt offenbar weite Kreise von Privilegierten und Anhängern der DDR. Allen gemein sind die Rechtfertigung der DDR als ehrbarer sozialistischer Versuch und die Absicht, einer neuen sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft den Weg zu bahnen. Obwohl oder gerade weil sich der Altersdurchschnitt rapide erhöht, sind die Organisationen bemüht, besonders Einfluß auf jüngere Menschen zu nehmen. Die Internetauftritte wurden ausgebaut und bestimmen inzwischen einen großen Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Die „AG Sport“ der GRH zum Beispiel verweist auf den Link www.sport-ddr-roeder.de von Prof. Dr. Horst Röder. Dort beantwortet dieser in aller Ausführlichkeit E-Mails von Schülern und Studenten, die wissenschaftliche Arbeiten über den DDR-Sport schreiben wollen. Unterstellt, daß die Anfragen nicht erfunden sind, können die Jugendlichen nachlesen, es sei weltweit gedopt worden, und die DDR habe erst sehr viel später, als Reaktion darauf, „unterstützende Mittel“ angewandt. Ebenso erfahren sie etwas über das Sportsystem der DDR als vorbildhafte soziale Errungenschaft.

Zunehmend gehören zu den Vereinsaktivitäten Zeitzeugenbesuche in Schulen

Mitgliedschaft

Die GBM ist Mitglied im Forum Menschenrechte, einem Netzwerk von über 40 deutschen Nichtregierungsorganisationen, das sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz einsetzt, international agiert und anerkannt ist. Zum Forum Menschenrechte gehören u.a. auch das Bischöfliche Hilfswerk Misereor, die Deutsche Gesellschaft e.V., die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGFM, Amnesty International und der Sozialverband VdK Deutschland.

und die aggressive Bekämpfung von Aussagen ehemaliger politischer Häftlinge. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die zur Führung ihrer Besucher vor allem Zeitzeugen engagiert hat, scheint zum Hauptkampfziel erwählt zu sein. Immer wieder werden der Direktor und ehemalige Gefangene verhöhnt, verleumdet und der Lüge bezichtigt. Einen Höhepunkt bildete 2006 der Auftritt von ca. 200 hohen MfS-Offizieren bei einer Diskussionsveranstaltung über Informationstafeln, die vor der Gedenkstätte aufgestellt werden sollten. Die Bilder der Obristen, die ihre Opfer verunglimpften, wurden deutschlandweit ausgestrahlt.

Eine steigende Flut politischer Autobiographien führender MfS-Mitarbeiter, wütender Pamphlete gegen Aufarbeitungsbemühungen und Rechtfertigungsliteratur – oft verfaßt von eigenen Mitgliedern – spiegelt sich wider in Bücherempfehlungen auf den Internetseiten. Die Nähe von GRH, ISOR, DKP und KPD (Ost) im ND-Gebäude ist nicht nur räumlich. Neben personellen Überschneidungen sind die gemeinsame Beteiligung an Aktionsbündnissen und Kampagnen sowie vielfältige organisatorische Verflechtungen nicht zu übersehen. -lepl-

Zu weichgespült

Den meisten Vereinsmitgliedern dürfte die Linkspartei von allen in den Parlamenten vertretenen am nächsten sein. Gelegentlich wird auch zu deren Wahl aufgerufen, führende Parteifunktionäre sind Gäste bei Veranstaltungen. Vor allem aber vertritt Die Linke als einzige Fraktion im Bundestag die Forderung nach vollständiger Anerkennung der Sonderversorgungssysteme der DDR. Dennoch war in einem redaktionellen Artikel der Ausgabe 3/2010 von „ISOR aktuell“ zu lesen:

„Nun hat sich allerdings auch die Partei DIE LINKE bisher nicht eindeutig zur Geschichte der DDR bekannt, wie sich zuvor schon die PDS selbst auch angreifbar gemacht hatte durch allerlei Entschuldigungen, die niemand so recht nachvollziehen konnte und wohl zu viele der aufgestellten Geßler-Hüte begrüßt.“

Russen und Wölfe

Wie bei Rodach die Grenze entstand

von Jörg Bernhard Bilke

2011 jährt sich zum 50. Mal der Bau der Berliner Mauer. Doch die Anfänge des Grenzregimes lagen schon weit vor 1961. Die Trennung von Regionen, Orten und Familien durch Sperrzonen, die immer schärfer bewacht wurden, verlief in ganzer Länge zwischen sowjetischer Besatzungszone und den Gebieten der Briten und Amerikaner.

Im Sommer 1942 fuhren wir von Rodach zum Straufhain und nach Völkershausen. Es war ein Betriebsausflug der Glanzgoldfabrik Carl Hauser in der Heldritter Straße, die meinem Vater gehörte. Aber mein Vater war damals im Krieg, er kämpfte in Finnland und fuhr nicht mit. Meine Mutter hatte den Adolf W. in der Hildburghäuser Straße gebeten, uns nach Thüringen zu fahren. Er hatte zwei Pferde vor seinen Plattenwagen gespannt und saß auf dem Kutschbock. Wir fuhren über Rudelsdorf nach Seidingstadt in Thüringen, unten am Straufhain hielten wir und stiegen hinauf, mittags aßen wir Klöße in Völkershausen.

Damals hätte niemand geahnt, daß solche Ausflüge in wenigen Jahren nicht mehr möglich sein würden. Deutschland hatte den Krieg verloren und war in Besatzungszonen aufgeteilt worden, die Grenze zwischen der amerikanischen und der russischen Zone wurde immer undurchdringlicher. Der Reith, den wir Kinder in der Heldritter Straße liebten, weil er uns zu Abenteuern verlockte, wurde zum gefährlichen Grenzwald, vor dem uns die Erwachsenen warnten. Vom Reith sollten wir wegbleiben, dort gäbe es nur Wölfe und Russen, und auf Kinder würde sofort geschossen. Die Erwachsenen, das wurde uns bald klar, hatten Angst - wir nicht! Wir betrachteten es als Mutprobe, bis zur geheimnisumwitterten Waldwiese vorzustoßen bei unseren Erkundungen und darüber hinaus bis zu jenem Zaun, hinter dem Thüringen begann. Wölfe haben wir nie gesehen, Russen auch nicht.

Aber die Grenze verwuchs langsam mit unserem Leben. Auf einmal gab es Schlagbäume bei Adelhausen und Holzhausen, von denen aus man die Leute auf der anderen Seite nur noch aus der Ferne beobachten konnte, wie sie aus ihren Häusern traten, über die Straße gin-

gen und in anderen Häusern verschwanden. Rauch stieg aus den Schornsteinen, Hunde bellten irgendwo in den Gehöften, aber sprechen konnte man mit den Thüringern nicht mehr. Wenn man winkte, winkten sie nicht zurück: Wir waren ja der „Klassenfeind“! Und selbst wenn



Foto: Sven Teschke, Büdingen
Frühe Sperrmaßnahmen an der innerdeutschen Grenze.

man besuchsweise hätte einreisen dürfen nach Thüringen, Heldburg hätte man nie erreicht, das war Sperrgebiet.

Aber noch 1951, erzählte mir meine Klassenkameradin Hanni L. aus Lempertshausen, das war das Jahr unserer Konfirmation, wäre sie in Steinfeld hinter Eishausen zum Tanzen gewesen. Ein Jahr später, im Sommer 1952, war auch das vorbei, denn die innerdeutsche Grenze wurde durch Sperrzone und Todesstreifen fast unüberwindbar. Und Volker M., der Sohn unseres Rodacher Polizisten, berichtete mir, wie er mit seinen Eltern in den Nachkriegsjahren von Weimar, woher sein Vater stammte, immer nach Holzhausen zu Verwandten gefahren und nachts durch die Grenze nach Rodach, woher seine Mutter stammte, geschlichen wäre. Auch das war 1952 vorbei! Volker lebte längst bei uns in Rodach.

Wir begannen uns einzurichten in unserem Rodach, das auf drei Seiten von Thüringen umgeben war und das Altbürgermeister Kurt H. die „Stadt im toten Winkel“ nannte. Die Zeiten waren längst vorbei, als meine Mutter, während des Krieges mit dem Zug aus Berlin kommend, in Grimmenthal bei Meiningen aussteigen und mitten in der Nacht warten mußte, bis sie vom Adolf G., dem Rodacher Fotografen in der Gartenstraße, mit dem Auto abgeholt wurde. Oder als meine sächsische Großmutter, die in Berlin lebte, im Sommer 1945 auf Güterzügen, Pferdefuhrwerken oder zu Fuß

bis Hildburghausen reiste und im Morgengrauen bei Lempertshausen über die Grenze schlich, um zu ihren in Rodach lebenden Töchtern zu gelangen, von deren Schicksal bei Kriegsende sie nichts wußte. Eine Bauersfrau soll damals das Fenster geöffnet und auf Fränkisch gerufen haben: „Wo komma Sie denn har?“, und sie soll auf Sächsisch geantwortet haben: „Von driehm, von driehm!“ Auch meine Leipziger Tante hat uns auf diese Weise mehrmals in Rodach besucht in den ersten Nachkriegsjahren, zuletzt 1955. Ich sehe sie noch, wie sie mit Hartmut B., dem Rodacher Holzhändler, der sich im Wald auskannte, auf einem Feldweg zum Reith hinaufschritt, wo er sie über die Grenze nach Thüringen brachte.

In den Sommerferien 1954 und 1955 fuhr ich selbst nach Thüringen, zu meinem Patenonkel, der in Wasungen bei Meiningen Landarzt war. Heute, nachdem der SED-Staat untergegangen ist, braucht man von Bad Rodach nach Meiningen, immer an der Werra entlang, eine gute Stunde. Zehn Jahre nach dem Krieg aber mußte man gewaltige Umwege auf sich nehmen, die Reise ging zunächst ostwärts, nach Coburg und Lichtenfels, wo man den Interzonenzug München-Berlin bestieg. Dann kam der Grenzübergang Ludwigstadt-Probstzella. Von dort fuhr man über Saalfeld und Arnstadt nach Meiningen und erreichte Wasungen am Spätnachmittag. Eine Tagesreise, nur weil Deutschland geteilt war.

Aber Thüringen, das versperrte Land, wurde uns immer fremder, mit den Jahrzehnten der Teilung änderte sich auch die Rodacher Mundart, weil das Thüringer Hinterland fehlte. Manche Worte starben aus, auch wenn es in Rodach noch Straßen gab wie die Heldburger und die Hildburghäuser, die angeblich nach Thüringen führten, aber im Nichts endeten. Als ich mit meinem Freund Peter H., dem Sohn unseres Hausarztes, im Herbst 1947 ganz weit draußen in der Hildburghäuser Straße Kastanien einsammelte, war der Asphalt noch glatt wie auf anderen Straßen auch. Aber schon in den fünfziger Jahren begann hinter der Kreuzung, wo es rechts nach Lempertshausen und links nach Roßfeld geht, der Asphalt aufzuberechen, Wasser drang ein, der Frost

sprengte die Straße auf, die nicht mehr befahren wurde, außer manchmal vom Bundesgrenzschutz. Jetzt begannen Gras und Unkraut zu wuchern, kleine Büsche schossen empor. Es war ein seltsames Schauspiel. Jahrzehnte später, wenn ich Rodach besuchte, wo ich seit 1959 nicht mehr lebte, machte ich es mir zur Pflicht, zum Schlagbaum bei Adelhausen zu wandern und hinüberzustarren ins verbotene Land!

Und dann kam der Bau der Berliner Mauer in der Nacht zum 13. August 1961. Ich studierte damals in Mainz und lebte bei meinen Eltern in Hanau. Es war ein sonniger Sonntagmorgen, ich war am Kahler See zum Schwimmen, als ich die Nachricht hörte. Ich war bestürzt, ich hatte für den Spätsommer eine Einladung nach Leipzig zu Verwandten, und ich wollte dort die Buchmesse besuchen. Am 6. September 1961 reiste ich ein, drei Tage später wurde ich auf dem Karl-Marx-Platz verhaftet. Als ich drei Jahre danach aus dem Zuchthaus Waldheim in Sachsen entlassen wurde, fuhr unser Häftlingsbus bei Wartha-Herleshausen über die thüringisch-hessische Grenze. Meine Sehnsucht nach Thüringen war unbeschreiblich, schließlich waren wir an Jena, Weimar, Erfurt, Gotha vorbeigefahren, an Städten, die ich gerne besucht hätte, worauf ich aber noch ein Vierteljahrhundert warten mußte.

Es waren schier unglaubliche Geschichten, die ich in DDR-Zuchthäusern und danach in Rodach über die innerdeutsche Grenze erfuhr, wenn ich den Leuten zuhörte. Im Rheinland oder in Südbaden an der Schweizer Grenze nahm kaum jemand Anteil an den Tragödien, die sich hier abspielten. Je weiter von der Grenze entfernt, desto weniger ging den Leuten zu Herzen, was hier an Grausamem geschah. Das wollten sie nicht hören, das war ihnen lästig, manchmal schüttelten sie auch nur ungläubig den Kopf. Hatte sich nicht im Rodacher Stadtwald ein früherer Bewohner Holzhausens erhängt, weil er sein Dorf sehen konnte am Schlagbaum, wo im Gebüsch die moosbewachsenen Grenzsteine zwischen Sachsen-Coburg und Sachsen-Meiningen lagen, er aber nicht heimkehren durfte? War nicht die gesamte Einwohnerschaft des thüringischen Dorfes Einöd, südlich von Heldburg gelegen, im Sommer 1961 nach Bayern geflohen? War nicht ein Rodacher Kommunist, der immer von den DDR-Verhältnissen geschwärmt hatte, in den „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ übersiedelt und hatte es bitter bereut?

Berlin-Reisende aus Rodach sollen ihn zufällig nach dem Mauerbau 1961 in Ostberlin getroffen haben, er hätte nur noch geweint!

Ist nicht der DDR-Grenzsoldat Werner Weinhold am 19. Dezember 1975, nachdem er zwei Kameraden erschossen hatte, bei Rodach über die Grenze gekommen? Ist nicht ein junger Bauer aus Thüringen, der unter Aufsicht von DDR-Grenztruppen den Todesstreifen eggen mußte, damit man die Fußspuren Geflüchteter erkennen konnte, in plötzlichem Entschluß über die Grenze geflohen, als auf westdeutscher Seite bayerische Grenzpolizisten auftauchten? Hat nicht ein anderer Bauer, der nachts im Grenzgebiet ernten durfte, heimlich seine Verwandten in Lempertshausen besucht und ist im Morgengrauen zurückgeschlichen durch Stacheldraht und Minenfeld? Und haben nicht dummerweise seine Westverwandten Stunden später „drüben“ angerufen und gefragt, ob ihr Vetter oder Neffe unbeschädigt zu Hause eingetroffen sei, nicht ahnend, daß das Telefongespräch abgehört wurde?

Auch die Alma W., die Großmutter meines Freundes Erhard L., war einmal beim Reisisammeln auf die Thüringer Seite geraten und dort festgenommen worden. Noch während des Verhörs hielt sie krampfhaft einen derben Stock in der Hand, den sie nicht hergeben wollte, den brauche sie noch für ihren „Göker“. Bereitgestelltes Essen, denn das Verhör gegen die „Agentin der Bonner Ultras“ dauerte Stunden, wies sie trotz ihres Hungers zurück: „Des könnt ja vergift sei!“ Ihr Enkel durfte sie dann an der Grenze bei Adelhausen abholen. Einmal haben drei Betrunkene aus Hildburghausen in der Nacht die Grenzzäune bei Adelhausen überstiegen und sind in Roßfeld angekommen. Dort trafen sie morgens um 3.00 Uhr den Milchfahrer aus Rodach, der bei den Bauern die frischgemolkene Milch abholte. Der erzählte ihnen dann, im letzten Abschnitt der Grenze vor dem letzten Zaun, wo sie gesungen hätten vor Glück, weil sie gehofft hätten, schon „den Westen“ erreicht zu haben, da lägen die Minen, die sie hätten zerfetzen können. Da erschrakten sie noch nachträglich.

Und dann fiel die Mauer in Berlin, am 9. November 1989 abends! Ich hörte davon im Autoradio, als ich durch Bonn fuhr, und verursachte vor Schreck einen Unfall. Vier Wochen später, am 17. Dezember 1989, fuhr ich von Bonn zur „Frän-



Foto: Kohls, Ulrich/Dt. Bundesarchiv

Thüringen 1965 – Grenzstreife der DDR in Wintertarnanzügen.

kischen Weihnacht“ nach Rodach. Dort erfuhr ich, die Grenze zwischen Sülzfeld, das zu Rodach gehörte, und Bad Colberg in Thüringen würde für acht Stunden geöffnet, damit auch die Rodacher nach Thüringen einreisen konnten. Am Sonntagmorgen standen DDR-Grenzsoldaten und bayerische Grenzpolizisten im vertrauten Gespräch am durchschnittenen Grenzzaun und tranken Sekt miteinander. Ich rieb mir die Augen, als ich das sah, so unwirklich war das Bild! In der „Linde“ wurden wir Rodacher dann mit Freibier und Bratwürsten bewirtet, Stunden später stieg ich in Heldburg den Festungsberg hinauf und erreichte die Veste, als Birgit M. aus dem Tor trat, die Burgherrin. Abends fuhren wir dann nach Rodach, wo noch immer gefeiert wurde.

Wenn man heute, fast 21 Jahre später, nach Adelhausen fährt, ins „Café auf dem Todesstreifen“, merkt man nicht mehr, wo Franken aufhört und Thüringen anfängt. Wenn man anhält und aussteigt, kann man noch den feinen Haarstrich sehen, wo der graue Teer aufhört und der schwarze anfängt. Der schwarze ist der jüngere - hier war einmal die Grenze, die Deutschland geteilt hat.

Mauerbau und Mauerfall

Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung 2011

14.-15. März 2011 in Berlin, Rotes Rathaus

Anmeldung erforderlich, Informationen auf der Homepage www.gfd-berlin.de

„Ich komme aus der Hölle“

Cuba Auténtica – Ehemalige politische Gefangene sprechen über das wirkliche Kuba

(st)Die DKP-Fahnen waren noch zusammengerollt, als die ehemaligen politischen Gefangenen aus Kuba die Gethsemane-Kirche verließen, in der sie gebetet hatten. Wann immer in Berlin öffentlich an politische Häftlinge auf der Karibikinsel erinnert wird, marschieren



Bei der Mahnwache.

kommunistische Gruppierungen und Anhänger der Castro-Regierung auf zu einer Gegendemonstration. Jene Menschen, die da still die Kirchentreppe hinunterstiegen, gehörten zu den 55 aus kubanischen Gefängnissen Freigelassenen – auf internationalen und kirchlichen Druck hin. Schweigend, mit einer kubanischen Fahne zwischen sich, stapften sie durch den dicken Schnee die Schönhauser Allee entlang, nur die Hände hochgereckt, mit zwei gespreizten Fingern ein „L“ symbolisierend, für Libertad, Freiheit. Auch während der Mahnwache vor der kubanischen Botschaft schwiegen sie. Um so greller gellten die lateinamerikanischen Parolen der Gegendemonstranten über den Platz, ungetrübt vom Wissen um deren Herkunft. Die Botschaft hatte zum Empfang der Gäste den Gartenzaun geschmückt mit fünf überlebensgroßen Portraits kubanischer Gefangener in den USA, die dort offenbar im Auftrag Castros tätig gewesen waren. „Heroische Kämpfer gegen den US-imperialistischen Terror“ hatten die Diplomaten auf das Plakat geschrieben – Kalter Krieg in Pankow.

Am nächsten Tag, dem 7. Dezember 2010, waren die Teilnehmer des Schweigemarschs zu Gast auf einer Fachkonferenz über Menschenrechte in Kuba und die Castro-Diktatur. Eingeladen hatten die Konrad-Adenauer-Stiftung und die

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Zusammenarbeit mit der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments. Ökonomische Krisen in Kuba gebe es seit 40 Jahren, erklärte Dr. José Luis García Paneque, Arzt und Journalist, im ersten Podiumsgespräch. Jetzt aber sei die Krise auch sozial und politisch geworden. Das Regime jedoch wäre nicht bereit, strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Dr. Luis Milán Fernández, ebenfalls Arzt, beschrieb aus eigenem Erleben die Haftverhältnisse. Es gebe psychische und physische Folter, doch die psychische fange unmittelbar nach der Verhaftung an und sei am schlimmsten. Seine angebliche Anwältin habe ihm geraten: „Sprich wenig im Verfahren, die Verurteilung ist sowieso schon klar.“ Im Strafvollzug sei er später mit Schwerverbrechern und mehrere Jahre auch mit Psychiatrie-Gefangenen in einer Zelle zusammengesperrt gewesen. Luis Enrique Ferrer García ergänzte, die Ausstattung kubanischer Gefängnisse sei gut vergleichbar mit der des sogenannten U-Boots in Berlin-Hohenschönhausen, das die kubanischen Exilanten am Tag zuvor besichtigt hatten. Rolando Jiménez Posada erklärte, in den 50 Jahren der Castro-Regierung wären systematisch die Menschenrechte mißachtet worden. Ein Wandel in Kuba

sei dringend notwendig, und die EU hätte die Chance, ihn zu beschleunigen. Mit damals 26 Jahren der Jüngste der 75 Verurteilten des „Schwarzen Frühlings“ 2003, erhielt Ferrer García, auch er ein Arzt, die höchste Strafe von allen, 28 Jahre. Erst zwei Wochen vor der Konferenz wurde er entlassen und, wie die meisten seiner ausgewiesenen Mithäftlinge, ohne Möglichkeit der Rückkehr von Spanien aufgenommen. Er erzählte, sein Bruder sei noch immer in Haft, weil er zu jenen elf Gefangenen gehöre, die sich weigerten, Kuba zu verlassen. Denn die Freilassung sei in Wirklichkeit eine Ausweisung. „Ich komme aus der Hölle. Das Paradies, das ich hier erlebe, möchte ich für mein Land“, sagte Ferrer García, der sich in Kuba für das Varela-Projekt engagiert hatte. Es schlägt ein Referendum über Reformen vor und wird mit Unterschriften unterstützt, was häufig bereits ein Verhaftungsgrund ist.

Im zweiten Podiumsgespräch diskutierten „Damen in Weiß“ über Zivilcourage in Kuba. Die Frauen sind Angehörige der 2003 Verhafteten und demonstrieren jeden Sonntag in weißer Kleidung für die Freilassung ihrer Brüder, Söhne und Väter. 2005 erhielten sie den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments. Elena



Der größte Wunsch: Wandel in Kuba.

Larrinaga, Vorsitzende des Verbandes kubanischer Vereine in Spanien, wies darauf hin, daß allein im November schon wieder 153 illegale Verhaftungen erfolgt seien. Die Zivilgesellschaft habe kaum eine Möglichkeit, sich für ihre Interessen einzusetzen. Sie bestehe hauptsächlich aus den Damen in Weiß und aus unabhängigen Journalisten. Zu den Letztgenannten gehört auch Lamaciel Gutiérrez Romero, die erläuterte, wie sie und ihre Kollegen versuchen, über Internet und internationale Presse kubanische Realität zu vermitteln. Die Repression gegen freie Journalisten nehme weiter zu, sie würden auf der Straße bedroht und zusammengeschlagen, weil die Regierung sie fürchte. Ana Belkis Ferrer García beschrieb aus der Sicht der Angehörigen die Situation nach einer Verhaftung. Zwei Brüder und ihr Ehemann waren 2003 festgenommen und verurteilt worden. Die Familie wurde nicht informiert, in welchem Gericht der Prozeß stattfinden sollte. Für die Brüder sei zunächst die Todesstrafe gefordert worden. Sie hatten sich für das Varela-Projekt engagiert, das nicht einmal gegen kubanische Gesetze verstößt. Schließlich wurden sie zu 28 und 25 Jahren verurteilt. Die Gefängnisse der beiden lagen besonders weit auseinander. Dies werde oft so gehandhabt, sagte Ferrer García, um die Familien mit Hilfe der unsäglichen Reisebedingungen in Kuba zu schikanieren. Das Gefängnisreglement sehe alle drei Monate für zwei Stunden den Besuch eines Angehörigen vor, alle vier Monate den Besuch des Ehepartners. Zur Inhaftierung von Frauen und Kindern befragt, erklärte sie, es gebe eine Rechtsfigur in Kuba, die „schlechte Kindererziehung“ heiße. Es bedeute, daß Kinder nicht politisch linientreu erzogen würden, und es sei möglich, sie deshalb in Erziehungsanstalten zu sperren. Das Ausmaß der Gewalt gegen inhaftierte Jugendliche sei grundsätzlich höher als gegen Erwachsene. In den Frauengefängnissen würden die Häftlinge häufig von Wächterinnen mißhandelt, dort seien auch HIV-Infektionen verbreitet.

Über „Empfehlungen für die Kuba-Politik Deutschlands und der EU“ sprachen zum Abschluß Rolando Jiménez Posada, Rechtsanwalt, Dr. Christian Ehler MdEP (EVP) und Martin Lessenthin, Sprecher des Vorstands der IGFM. Seit 1956 habe es in Kuba keine demokratischen Wahlen mehr gegeben, stellte Posada fest. Der höchste Ausdruck von Menschenrechten für Lateinamerika sei die Europäische Union. Diese müsse an ihrer „gemeinsamen Position“ gegen Menschenrechts-

verletzungen festhalten und dürfe weder Fidel noch Raúl Castro anerkennen. Ehler legte dar, daß sich die Lage der Menschenrechte in Kuba in letzter Zeit nicht verbessert hätte, jedoch neue Konstellationen innerhalb Lateinamerikas entstanden seien. Iran unterstütze die Raketenausstattung Venezuelas, und es gebe eine Achse Kuba-Venezuela-Iran. Kubas Geheimpolizei versuche indessen, wieder mehr Einfluß auf Mittelamerika zu nehmen. Eine Anerkennung des Regimes könne es nicht geben, solange die Menschenrechte nicht durchgesetzt würden. Nach den Informationsmöglichkeiten der kubanischen Bevölkerung gefragt, erklärte Posada, daß Radio Martí seit langem die beste Quelle sei. Alle anderen Nachrichten würden von der Regierung manipuliert bzw. mit Zensur belegt. Radio Martí berichte über den tatsächlichen Zustand und schildere realistisch die allgemeine Tristesse im Land. Die meisten Kubaner hätten keinen Zugang zum Internet, wo sie objektive Informationen über die Insel erhalten könnten. Allerdings gebe es einige Botschaften, in deren Gebäuden man gelegentlich den Internetanschluß nutzen könne. Bei diesen Verhältnissen seien Informationen manchmal schon zwei Monate alt, bevor sie sich verbreiteten. Informationen aber seien wichtig, um Veränderungen herbeizuführen. Ein Rundfunksender der Europäischen Union, schloß Posada, wäre eine große Hilfe. Er wünsche sich auch, daß die EU mit einer Stimme spräche, ergänzte Lessenthin und beschrieb dann, wie China inzwischen Störsender an Kuba liefere, damit Radio Martí dort nicht gehört werden könne. Es schicke auch Sperr-Software, die es selbst gegen unliebsame Internetseiten verwende. Und natürlich gebe es Hilfe für das Castro-Regime aus Venezuela. Chávez helfe ökonomisch, im Gegenzug trainiere Kuba die venezolanischen Sicherheitskräfte. Dazu nähmen kubanische Experten sogar an Verhören teil. Lessenthin faßte zusammen, die DDR-Staatssicherheit habe einst die Geheimpolizei Kubas ausgebildet, und die schaffe heute entsprechende Strukturen in Venezuela.

Vor der Rückreise in ihre Exilländer stand für die kubanischen Gäste noch ein Treffen mit ehemaligen politischen Gefangenen der DDR auf dem Programm. In den Räumen der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG stellte der stellvertretende Vorsitzende Ernst O. Schönemann den Dach-



Diesseits und jenseits des Atlantik für Meinungsfreiheit im Gefängnis gewesen: (v.r.) Rolando Jiménez Posada, Dr. Luis Milán Fernández, Siegmara Faust.

verband vor und gab einen kurzen Überblick über Haft und Verfolgung in SBZ und DDR sowie über die Aufarbeitung seit 1989 und ihre Defizite. Nachdem Vorstandsmitglied Siegmara Faust einige Stasi-Methoden erläutert hatte und auch über den wahrscheinlichen Einsatz radioaktiver Strahlen sprach, an deren Folgen z.B. Jürgen Fuchs später möglicherweise starb, berichtete der Arzt Ferrer García, daß sie vermuteten, ähnliches erlebt zu haben. Nur seien sie in Spanien noch nicht einmal richtig medizinisch untersucht worden. Vorstandsmitglied Anita Gößler erzählte, wie ihr das in politischer Haft geborene Kind weggenommen wurde und sie erst nach dem Fall der Mauer wieder Kontakt zu ihm bekam - den die Tochter jedoch wieder abbrach, weil sie ganz DDR-konform erzogen worden war. Nach dieser Schilderung zeigte sich, wie unerheblich angesichts von Leid nationale Grenzen und kulturelle Unterschiede sind. Die ehemaligen Gefangenen aus der Karibik und die ehemalige Hoheneckerin brauchten keinen Übersetzer mehr, denn sie verstanden sich plötzlich auch ohne Worte.

Kinder-Treffen

In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Bautzen und dem Bautzen-Komitee e.V. treffen sich auch 2011 die in den Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR geborenen Kinder wieder. Das Treffen findet in diesem Jahr vom 17. bis 19. Juni in Bautzen statt. Anmeldungen können ab sofort über das Büro des Bautzen-Komitees unter Tel. (035 91) 425 21 erfolgen oder bei Alex Latotzky, Tel. (030) 66 77 57 57. Letzter Anmeldetermin ist der 30. April 2011.

Alex Latotzky

Lebendiges Denkmal

Es war ein denkwürdiger Anlaß, aus dem sich in der Berliner Nikolaikirche am 30. November 2010 eine Festversammlung zusammengefunden hatte. Themen waren das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und das 20jährige Bestehen der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus.

Eigentlich ist diese besondere Bibliothek schon ein lebendiges Denkmal, inmitten des historischen Berliner Kerns. So war es nur folgerichtig, daß die Vorsitzende des Vorstands, Ursula Popiolek, in ihrem Festvortrag auch auf die Geschichte der letzten zwanzig Jahre einging, mit all den Schwierigkeiten. Selbst vor Brand- und Wasseranschlägen auf die Bibliothek schreckten politische Gegner nicht zu-

rück. Aber der Freundeskreis und die Mitarbeiter der Gedenkbibliothek um Siegmund Faust und Thomas Dahnert gaben ebenso wenig auf, wie die immer aktiv um Unterstützung werbende Ursula Popiolek.

Seit langem sind die regelmäßigen Veranstaltungen der Bibliothek eine feste Größe und mit hervorragenden Referenten besetzt. Deshalb ist es unverständlich, daß trotz Einladung der Bundespräsident weder erschien, noch ein Grußwort schickte. Historiker werden später sicher feststellen, welche wichtige Arbeit hier geleistet wurde – so etwas wird manchmal von Zeitgenossen nicht ausreichend erkannt. Der Gedenkbibliothek sind noch viele Jahre solch guter Arbeit zu wünschen.

A.O.

Unsichtbare Spuren

Diskussionsrunde über gesundheitliche Folgen von Haft und Verfolgung in Potsdam

Am 7. Dezember 2010 luden die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und die Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur „Gegenwind“ e.V. zu einer Veranstaltung unter dem Titel „Unsichtbare Spuren - Gesundheitsschäden durch politische Verfolgung in der SBZ/DDR“ in das Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte Potsdam ein.

Andrea Voßhoff MdB, rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, informierte in ihrem Eingangsreferat darüber, daß bisher Entschädigungsleistungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an politisch Verfolgte gezahlt worden seien. Mit dem kürzlich beschlossenen Vierten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR habe man weitere Fortschritte erzielen können. Man müsse jedoch einschätzen, daß Repressionsfolgen jeweils nur abzumildern, leider jedoch nie vollständig zu entschädigen seien. In der sich anschließenden, von Ulrike Poppe moderierten Podiumsdiskussion verwies Frau Voßhoff auf einen bereits erfolgten Appell der Bundespolitik an die Länder, eine zentrale Gutachterstelle einzurich-

ten. Angesichts der von Frank Stelter, Dezernent des Brandenburger Landesamtes für Soziales und Versorgung, benannten behördlichen Defizite bei der Anwendung von Beweiserleichterungen zur Glaubhaftmachung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden kündigte Andrea Voßhoff an, sich bezüglich dieser Problematik an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu wenden.

Carola Schulze, Mitarbeiterin der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), stellte Initiativen der UOKG vor, die sich an die politische Ebene richten und als Maximalforderung eine Beweislastumkehr im Anerkennungsverfahren von Gesundheitsschäden anstreben. Über die Ausprägung und Behandlung seelischer Schädigungen, die aus politischer Verfolgung resultieren, gab der Leiter der Beratungsstelle „Gegenwind“, Stefan Trobisch-Lütge, einen Überblick.

Ihren Abschluß fand die vom Liedermacher Karl-Heinz Bombarg musikalisch umrahmte Veranstaltung mit zahlreichen Zuschauerbeiträgen, die anschaulich und nachdrücklich Probleme aus Sicht der Betroffenen schilderten und u.a. eine Zertifizierung von Gutachtern einforderten.

- laschu -

Die Schwundpartei

Mitgliederzahlen der Linken

Die umtriebige Partei „Die Linke“, die nach dreimaliger Umbenennung seit dem 16. Dezember 1989 aus der SED hervorgegangen ist, steckt - schon wieder und immer noch - in der Krise. Nach der von Oskar Lafontaine geordneten und 2007 vollzogenen Verschmelzung mit Klaus Ernsts „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die bei mehreren Landtagswahlen gescheitert war, konnte zwar der Mitgliederschwund für einige Jahre verzögert, nicht aber aufgehalten werden. Im Kern besteht nämlich die als „demokratische Partei“ getarnte SED immer noch aus den Altkadern der „Partei neuen Typus“, von denen jährlich Tausende wegsterben.

Im Jahr 2010 soll die forsche Partei 2500 Mitglieder verloren haben, jetzt gibt sie ihren Bestand mit 75 500 an. Hatten wir das nicht schon einmal vor dem 16. Juni 2007, bevor der großmäulige Klaus Ernst zu seinen Ost-Berliner Gesinnungsgegnossen stieß? Die „Operation Westausdehnung“, bei der die um die WASG erweiterte Kaderpartei eine Unzahl linker Sektierer, Antikapitalisten aller Farbstufungen, Anarchisten, Maoisten, Anhänger Fidel Castros und Che Guevaras schlucken mußte, scheint endgültig gescheitert zu sein, zumal allein im Saarland die Überprüfung der Mitgliederlisten ergeben hat, daß von 3610 Genossen allein 1117 als Karteileichen geführt wurden.

Rechnet man dieses Ergebnis hoch auf die Gesamtpartei, dann läge der Mitgliederbestand nur noch bei 70 Prozent der offiziell verkündeten Zahlen, in absoluten Zahlen wären das nicht 75 500, sondern nur noch 52 850 Mitglieder. Mit dieser Partei, die keine ist, sondern nur ein linkes Sammelbecken politikunfähiger Nörgler, ist wahrlich kein Staat mehr zu machen. Aber das ficht die wirklichkeitsblinde Mitvorsitzende Gesine Lötzsch nicht an, mit Genugtuung zu verkünden, ihrer Partei wäre es fast gelungen, auf der Insel Helgoland den Bürgermeister zu stellen. Da fällt einem nur eine SED-Lösung aus der Zeitung „Neues Deutschland“ aus den Jahren vor dem Mauerfall ein: „Vorwärts zu neuen Siegen der internationalen Arbeiterklasse!“

Jörg Bernhard Bilke

Schicksal Zwangsarbeit

Das Leid deutscher Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Sowjetunion ist in der deutschen Öffentlichkeit nahezu unbekannt. Der Buchautorin Bruni Adler ist es zu verdanken, daß dieses Tabuthema nun besonders Schülern näher gebracht wird. In ihrem jüngst erschienen Buch „Zerrissene Leben – Hitler, Stalin und die Folgen“ schildert sie ausführlich das Schicksal von Helga Rex. Sie wurde 1945 als junge Frau in ihrer brandenburgischen Heimat am östlichen Ufer der Oder von vorstürmenden Soldaten der Roten Armee gefangen genommen, grausam mißhandelt und schließlich zu unmenschlicher Zwangsarbeit ins ferne Sibirien verschleppt. Unzählige weitere junge Frauen, aber auch männliche Jugendliche, junge und alte Erwachsene, Mütter wie Väter, überlebten die grauenvolle Behandlung und die katastrophale Unterbringung in Viehwaggons und Holzhütten bei sibirischer Kälte nicht. Ihre Leichen wurden auf dem Transport entlang der Bahnlinien in den Schnee oder in

Flüsse geworfen und später in Massengräbern verscharrt.

Am 25. November 2010 konnte Bruni Adler durch Vermittlung der UOKG an der Waldorfschule Potsdam aus ihrem Buch lesen und über diese und andere Schicksale berichten. Für die Schüler war es ein besonderes Glück, daß mit Helga Rill und Gisela Strauß zwei Opfer und Zeitzeuginnen des damaligen Terrors gekommen waren, die aus eigenem Erleben von den Ereignissen erzählen konnten. Die Fragen der Schüler wurden von den beiden Frauen offen und ehrlich beantwortet. So war die Veranstaltung am Ende für alle Beteiligten ein bewegendes Erlebnis. Besonderer Dank gilt neben den beiden Zeitzeuginnen und der Buchautorin auch der Gedenkstättenpädagogin Catrin Eich sowie der Geschichtslehrerin der Waldorfschule Potsdam, Sibylla Hesse, die diese authentische Geschichtsstunde erst möglich gemacht haben.

Theodor Mittrup



Foto: Th. Mittrup

Lesung in der Waldorfschule. Links die Autorin, vorn rechts die Zeitzeuginnen Gisela Strauß (l.) und Helga Rill.

Da lacht der Klassenfeind

„Die Familienverhältnisse sind geordnet. Der älteste Bruder ist Angehöriger des MfS, der zweite Bruder kriminell gefährdet.“

(Zitiert nach: Konjak, Deutsche Vita und der normale Hahn, BStU Halle 2010)

Suchanzeigen



Christiane Franke und ihr Vater in den 70er Jahren.

wohnte ab ca. 1973 in einem Lehrlingswohnheim in Roßleben und arbeitete im Kali-Werk Roßleben. Ich lebte damals bei meinen Eltern (Anne-Marie und Kurt Franke) in der Heinrich-Heine-Straße in Roßleben. Dort wollte mich auch sein damaliger bester Freund besuchen, um mir zu erzählen, daß Conny in Haft saß, weil er den Dienst bei der Armee verweigert hatte. Er traf jedoch nur meinen Vater an, weil ich bereits verhaftet war. Ich wünsche mir sehr, Conny wiederzusehen. Hinweise bitte an: Christiane Franke, Tel. (025 32) 20 05 85 oder (01 52) 05 43 12 27

Besondere Vorfälle im Zuchthaus Cottbus 1945-1989

Für eine wissenschaftliche Dokumentation werden Zeitzeugen gesucht, die über Todesfälle, schwere Unfälle sowie Fluchten und Fluchtversuche in der Strafvollzugseinrichtung Cottbus von 1945 bis 1989 Näheres berichten können. Jeder Tip kann wichtig sein. Wer helfen kann, bitte melden: tomas.kittan@bz-berlin.de

Katarine-Mary Bergemann

Wir suchen in einer Erbangelegenheit (im Namen des Neffen Willy Bergemann) Katarine-Mary (Catharine Marie) Bergemann, geboren am 26.1.1906 in Salford/England. Laut Angaben aus DDR-Akten war sie Dolmetscherin und Mitglied der CDU. Sie wurde zu 10 Jahren Haft verurteilt, Haftbeginn am 30.1.1949 im Lager Sachsenhausen, 1950 übergeben an die DDR und verlegt nach Hoheneck, von dort am 19.1.1954 entlassen, eventuell nach Berlin-Lichterfelde, Henleinweg 29. Seitdem verliert sich ihre Spur. In der Einwohnermeldekartei konnte keine Adresse ermittelt werden. Informationen bitte an: Helge Wirth, Trusetaler Str. 37, 12787 Berlin, Tel. (030) 931 46 78 oder (01 70) 585 03 80

Haftkameradin aus Hoheneck

Gesucht wird Haftkameradin Gunna Bohne aus Dresden, die in der Zeit von 1963 bis 1965 in Hoheneck eingesperrt war und in der Schneiderei arbeitete. Bitte melden bei Petra Sonje (ehemals Petra von Manteuffel), Hirschbergstr. 9, 50939 Köln

Wer kann helfen?

Ich war von 1978 bis 1982 politisch inhaftiert im Roten Ochsen und in Hoheneck. Nachdem ich von der Stasi festgenommen wurde, habe ich einen damaligen guten Freund aus den Augen verloren. Sein Rufname war Conny, er kam aus Magdeburg und hatte einen Bruder. Conny

„Tote an Mauer und innerdeutscher Grenze – Alles nur ein Spiel?“

(uokg) Zu einer Podiumsdiskussion über das Computerspiel „1378 km“ laden Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Stiftung Berliner Mauer und Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ein ins Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin,

am Dienstag, dem 22. Februar 2011, 19.30 Uhr.

Es diskutieren: **Dr. Axel Klausmeier**, Direktor der Stiftung Berliner Mauer; **Dr. Hubertus Knabe**, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; **Prof. Dr. Heiner Mühlmann**, Lehrbeauftragter für Kulturtheorie und Philosophie, Staatliche Hochschule für Gestaltung Karlsruhe; **Helmut Preller**, Designer und Künstler, Spezialthema innerdeutsche Grenze; **Rainer Wagner**, Bundesvorsitzender der UOKG

„Von Sprachlosigkeit befreien“

(st) Unter diesem Titel werden seit dem 18. Januar in den Räumen der Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Potsdam Arbeiten gezeigt, die in der therapeutischen Malgruppe der Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ entstanden. Die Bilder zeigen das individuelle

Erleben politischer Verfolgung und deren Verarbeitung durch politisch Traumatisierte der SED-Diktatur. Die Ausstellung ist noch zu sehen bis 15. April, dienstags bis donnerstags von 10 bis 17 Uhr, Hegelallee 3, 14467 Potsdam; Anmeldungen von Führungen und Gruppenbesuchen unter Tel. (03 31) 23 72 92-0.

Bildmappe

(gb) Die Gedenkstätte Buchenwald hat den Tag der Begegnung ehemaliger Häftlinge des Speziallagers Buchenwald am 5. Juni 2010 in einer Fotomappe dokumentiert. Neben vielen einfühlsamen Aufnahmen von der Begegnung ist besonders erwähnenswert ein farbiges Gruppenbild der Teilnehmer, dem ein Schwarz-Weiß-Abzug mit Namen und Kennzeichnung der jeweiligen Person beigegeben ist.

Für ehemalige Lagerinsassen und deren Angehörige besteht die Möglichkeit, diese Mappe zu beziehen (solange der Vorrat reicht). Sie ist kostenlos, es müssen lediglich 1,45 Euro Rückporto beigefügt werden. Bestellung an: Gedenkstätte Buchenwald, Direktion – Haus 2, Dr. Bodo Ritscher, 99427 Buchenwald

Das Zitat

Denken ist schwer,
deshalb urteilen die meisten.

C.G.Jung

Leserbriefe

Kosmetik

Zum Beitrag „Die richtige Richtung“, Nr. 8/2010, S. 4

Als zu jenen extrem beruflich Verfolgten gehörend, denen in der DDR selbst eine Pfortnerstelle verweigert wurde und die jahrelang ohne Arbeitslosengeld und Sozialhilfe vegetieren mußten, empfinde ich die Kosmetik an den Reha-Gesetzen als armselig. Und von „angespannter Haushaltslage“ kann wohl keine Rede sein bei einer Regierung, die erst unlängst verantwortungslosen Bankern mit Hunderten von Milliarden Euro aus der Patsche geholfen hat und die es vor ca. einem Jahr 115 Bundestagsabgeordneten ermöglichte, sich für insgesamt 68 800 Euro Füller und Stifte der Nobelmarke Montblanc für ihre Büros zu kaufen. Unabhängig davon hat aber Florian Kresse – für einen Juristen ungewöhnlich – die Kosmetik-Novellierung der Reha-Gesetze sehr allgemeinverständlich erläutert. Dafür ein Dankeschön.

Peter Alexander Hussock, Berlin

Nur auf Stalin fixiert

Zum Beitrag „Totenbuch vorgestellt“, Nr. 9/2010, S. 10

Mit Interesse habe ich den Artikel gelesen, diese längst überfällige Arbeit ist aner kennenswert. Das Schicksal der 12 000 Toten in jenem Todeslager läßt sich nicht mehr verheimlichen. Dennoch bleiben Fragen offen. Wie leider so oft werden die kommunistischen Verbrechen nur auf den Diktator Stalin fixiert. Ihr systemimmanenter Charakter wird weiterhin verneint. Eine solche Verschleierung dient heute den Linken zur Verharmlosung oder gar Rechtfertigung aller außerhalb dieser Ära (1934-1956) begangenen Untaten. Die ideologischen Wegbereiter jener „Diktatur des Proletariats“, Karl Marx und Friedrich Engels, werden schon gar nicht als solche wahrgenommen.

Die Diskriminierung der Gulag-Opfer gegenüber den NS-Opfern muß endlich aufhören. Die topographische Versenkung des Speziallager-Museums hinter den KZ-Mauern wie auch das verkürzte Hochkreuz sind keine Basis für eine Gleichbehandlung beider Opfergruppen. Trotz scheinbar akribischer Detailarbeit darf das vorgelegte Druckwerk keinesfalls das Ende der Aufarbeitung bedeuten.

Fritz Schüler, Heilbronn

Doppelter Nachteil

Seit der Wiedervereinigung werde ich, die ich – nach 3 Jahren politischer DDR-Haft und 5jährigem Warten auf Ausreise – seit 1982 Bundesbürgerin bin, überraschenderweise als DDR-Rentnerin geführt mit entsprechenden Rentenzahlungen. Das Fremdrentengesetz, das vor 1990 für politische Flüchtlinge galt, wurde stillschweigend außer Kraft gesetzt und das Rentenüberleitungsgesetz eingeführt. Mein Sohn, der durch meine politische Haft in der DDR schulisch und beruflich diskriminiert wurde und erst nach unserer Übersiedlung in die Bundesrepublik 1982 Abitur und Studium mit Hilfe von Bafög-Leistungen nachholen konnte, wird nach der Wiedervereinigung als Bundesbürger behandelt und muß das Bafög-Darlehen von 44 150 DM zurückzahlen. Er wird dafür bestraft, daß er mein Sohn ist. Die Wiedervereinigung schuf auch hier eine Stichtagsregelung für „verfolgte Schüler“ Bafög § 60, die die ausgleichenden Maßnahmen des Bafög-Erlasses für „verfolgte Schüler“ hinfällig machte, obwohl die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung meines Sohnes vorlag. Ein „verfolgter Schüler“, der 1990 in der DDR lebte und nach deren Zusammenbruch die ihm verwehrt Schul- oder Berufsausbildung im vereinten Deutschland nachzuholen begann, muß kein Bafög zurückzahlen.

Eva Aust, Berlin

Freie Meinung auf UKW

Der illegale Sender von Görlitz-Weinhübel und die Folgen

Von Armin Zastrow

Am 4. Oktober 1981 um 13.20 Uhr, es war ein Sonntag, bin ich in Görlitz in meiner Wohnung von der Staatssicherheit verhaftet worden. Meine Schwiegermutter habe ich an diesem Tag das letzte Mal gesehen – sie starb 1982. Während ich in der Thälmann-Straße festgehalten wurde, durchsuchte man die Wohnung und beschlagnahmte Tonbänder, Kassetten, Schallplatten und Geräte. Gegen Abend fuhr man mich nach Dresden zur U-Haftanstalt des MfS in der Bautzner Straße. Dort mußte ich mich bis auf die Haut ausziehen und bekam Sportzeug. Dann das erste Verhör bis morgens, etwa um 2.00 Uhr. Vier Monate wanderte ich von Zelle zu Zelle und drei- bis viermal in der Woche von früh bis nachmittags zum Verhör. Man wollte alles wissen über Freunde, Bekannte, Kollegen, Westkontakte und über Unzulänglichkeiten im Betrieb. Ich war mit Menschen zusammen, deren Verbrechen darin bestand, daß sie mit ihren Verwandten im Westen telefonierten oder versucht hatten, dorthin zu flüchten. Einer hatte ein Plakat von der Solidarność aus Polen mitgebracht. Während meiner Inhaftierung bin ich mit Ärzten, Studenten, vielen Jugendlichen, einem Pastor und einem Opersänger zusammengekommen.

Am 28./29. Januar 1982 wurde ich vom Kreisgericht Dresden zu 22 Monaten verurteilt (fünf bis zehn Jahre hatte man mir vorher angedroht). Begründung laut Urteil gemäß § 220 StGB: Öffentliche Herabwürdigung der DDR, der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten. Man warf mir vor, ein ganzes Wohngebiet mit Nachrichten und Kommentaren beeinflusst zu haben und fragte mich, ob ich einen Aufstand wie in Polen heraufbeschwören wolle. Zwei Zeugen sagten schriftlich aus, ein Zeuge erschien zur Verhandlung. Sie gaben an, folgende Sendungen gehört zu haben: Interview mit Lew Kopelew über die Greueltaten der Roten Armee an der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Mit der Mauer leben – 20 Jahre Mauerbau in der DDR, Kirchenfeindlichkeit in der Sowjetunion, Ost-West-Journal, Psychiatrie und Politik in der Sowjetunion, Themen des Tages mit Berichten aus Polen usw., dazwischen Schlager und Volksmusik. Eine Frau aus

Weinhübel sagte aus, sie habe meinen Sender lautstark und deutlich auf UKW empfangen können. Die Musiksendungen habe sie gern gehört, sie dachte, es wäre ein neuer Sender, bis ihr klar wurde, daß er gegen diesen Staat gerichtet war. Ihre Überlegung war, daß dieser Sender aus nächster Nähe ausgestrahlt werden müsse, weil ein Westsender in Görlitz kaum so gut auf UKW zu empfangen sei. Ein ehemaliger Kollege teilte der Stasi mit, daß ich schon ab 1975 mit Transistoren gebastelt hätte. Das wurde im Urteil als Vorbereitung zu dieser Tat festgehalten. Weitere Kollegen sagten aus, daß ich gegenüber der DDR eine negative politische Ansicht vertrete. Ich habe vor Gericht darauf hingewiesen, daß die DDR sich nicht vollständig an die KSZE-Schlussakte halte. Dem Stasi-Vernehmer sagte ich, daß es für die Bürger der DDR keine Meinungs- und Reisefreiheit gäbe. Ich führte an, daß mir 1975 zweimal die Besuchserlaubnis für die BRD ohne Begründung der DDR verweigert wurde (Beerdigung meiner Mutter und Eheschließung meines Bruders in Hamburg). Darauf bekam ich zur Antwort: Sie haben ja auch an keiner Wahl in den 70er Jahren teilgenommen.

Kurz bevor die viermonatige Untersuchung abgeschlossen war, durfte ich mir einen Anwalt nehmen. Aber er kostete nur Geld, geholfen hat er mir kaum. Im Gegenteil, als ich vor Gericht anmerkte, daß ich die Staatsbürgerschaft der DDR moralisch schon lange abgelegt hätte und daß es für mich und meine Familie nur den Weg in die BRD gäbe, sprang er wie von der Tarantel gestochen auf und sagte: Herr Zastrow, das gehört nicht hierher! So bin ich im Namen jenes Volkes verurteilt worden, das zu diesem Klassentribunal keinen Zutritt hatte. Von all den Vorgängen im Gerichtssaal wissen außer den Richtern nur zwei aus dem DDR-Volke, ein Kronzeuge und mein ehemaliger Meister. Aber diese beiden Genossen sind zum Schweigen verpflichtet bis ans Grab. Als ich den langen Gang bis zum Verhandlungssaal – vor und hinter mir ein Stasi-Offizier – entlang ging, sah ich an einem Flurfenster meinen ehemaligen Meister stehen. Ich hielt meine Arme mit den Handschellen demonstrativ weit nach vorn gestreckt. Während ich

in Dresden war, wurden in Görlitz meine Frau und mein Sohn verhört. Im Betrieb fanden sich dann auch drei Genossen, die ihren Abscheu gegen den Klassenfeind Zastrow gegenüber der Stasi bekundeten. Doch was waren das für ehrenwerte DDR-Bürger? Genosse T., der mit Westgeld und Intershops liebäugelte und nur in der Kampfgruppe Krieg spielte, um nicht arbeiten zu müssen. Genosse Q., der DDR-Briefmarken unter falschem Absender in die BRD schmuggelte, damit er mal ein Westpaket bekommt. Kollege W., der damit prahlte, mit einer Bande in Magdeburg einen sowjetischen Offizier verprügelt zu haben.



Foto: DynaMoToR

Daß diesen Sender zu betreiben Konsequenzen haben würde, damit mußte ich rechnen. Ich hatte ihn über zwei Jahre betrieben, mit einigen Pausen wegen des Einbaus technischer Verbesserungen. Nachweisen konnte man mir aber nur sechs bis sieben Monate. Aus Sicherheitsgründen hatte ich öfter die Frequenz gewechselt, zuletzt genau neben einen DDR-Sender. Wollte man den hören, mußte man an meinem Sender vorbeirutschen. Was ich hier beschreibe, ist damals niemandem bekannt gewesen. Die Stasi sagte mir: Hätten Sie mit Ihrem Sender doch Oertel und seine Sportreportagen übertragen. Dann würden wir uns nicht mit Ihnen beschäftigen. Bei der Post hätten Sie nur eine kleine Strafgebühr bezahlt. Ich erwiderte: Aber sicher, ich hätte ja auch Karl-Eduard von Schnitzler ausstrahlen können.

Am 1. Februar 1982 wurde ich dem Ministerium des Innern für den allgemeinen Strafvollzug übergeben. Meiner Frau teilte man mit, daß man nicht wisse, wo sich ihr Mann befinde. Achtzehn Tage war ich nun in der Kriminal-U-Haft Dresden, in der Schießgasse, einem alten Bau aus der Kaiserzeit, ohne zu ahnen, wie es weitergehen würde. Waren es beim MfS politische Gefangene, so sollte ich jetzt das Verbrechen kennenlernen (was

Ehemalige U-Haftanstalt des MfS, Dresden Bautzner Straße.



es ja nur im Kapitalismus gibt). Aber es kam noch schlimmer – Brandenburg, die Hochburg der Verbrecher, Mörder und Lebenslänglichen! Am 18. Februar ging es auf dem Schienenweg Richtung Brandenburg, zwei Tage lang mit stundenlangen Aufenthalten auf Abstellgleisen, nachts ein paar Stunden Rast im Hotel zum Knast Frankfurt/Oder. Brandenburg, das erste Mal Haftkleidung mit großen, gelben Aufnähern. Bei Adolf waren die Politischen rot gekennzeichnet. Aber diese Farbe stand uns nicht zu, wir hatten sie ja verraten. Äußerlich unterschied uns nun von den Kriminellen nichts. Wir kamen auf Arbeitsreserve, Monate ohne Tätigkeit, obwohl das Zuchthaus eigene Werkstätten und Betriebe besitzt (Reichsbahnausbesserungswerk, Kalkwerk, Holz- und Metallverarbeitung, Bäckerei, Fleischerei, Haftkrankenhaus usw.). Aber es war mit Verbrechern überfüllt (und das im Sozialismus). Keine Arbeit im Zuchthaus bedeutet: keine Zigaretten, keine Vitamine und kein Unterhalt für die Familie. Ein Häftling schrieb an seine Frau: Wir werden hier schon auf die Arbeitslosigkeit im Westen vorbereitet. Natürlich kam der Brief niemals an. Ein Krimineller sagte uns, daß man für Geld außer Frauen und Hubschrauber hier alles kaufen könne. Im Zuchthaus Brandenburg gibt es sogar eine Mafia, da blüht das Verbrechen weiter. Niemand weiß, wie all das Zeug da reinkommt, man kann es sich aber denken, auch die Bullen sind korrupt. Was sie privat brauchen, lassen sie sich von Häftlingen in den Werkstätten herstellen.

Aus Gründen der Abschreckung vermischt man die Politischen mit den Kriminellen. Aber es gab für uns eine geheime

Nachrichtenübermittlung, meistens in der Freistunde. Drei bis vier Mann spazierten eine kurze Zeit miteinander, besprachen alles, machten sich Mut und wechselten dann. Dabei mußte gut aufgepaßt werden, daß sich kein Zinker (Krimi-Spitzel) einschleuste. Er hätte seiner Vorteile wegen alles verraten. Wir waren besser über Westnachrichten informiert als mancher draußen. Ein Erzieher (so nennt man die Offiziere in den Bereichen) sagte einmal zu einem Häftling: Ein Mörder ist mir lieber als Sie, solch einen kann man noch erziehen, aber Sie sind ein Staatsfeind. Ich glaube, das war das beste Kompliment, das er je im Zuchthaus hörte.

Im April kam ich in ein Arbeitskommando (Kontakt-Bau Luckenwalde). Es wurde in Leistung gearbeitet, mein Nebenmann 14 Jahre in Brandenburg. Ich fragte ihn, weshalb er sitze, und gelangweilt, aber voller Stolz antwortete er: Ich habe einem das Lebenslicht ausgehaucht. In diesem Kommando lernte ich einen jungen Liedermacher kennen. Er hatte Texte geschrieben und Lieder gesungen, die gegen Ausbeutung und Unmenschlichkeit in Chile sowie in anderen kapitalistischen Staaten gerichtet waren. Aber er hatte auch gegen Mauerbau und Unfreiheit in der DDR gesungen. Das hat man ihm übelgenommen, vier Jahre bekam er Zeit, um seiner Stimme Erholung zu gönnen. Mit einem ehemaligen NVA-Major der Reserve verband mich sehr viel, er war aus Guben. In Brandenburg wurde er degradiert. Sein Vergehen war die schriftliche Kontaktaufnahme zum „ZDF-Magazin“. Im Herbst 82 wurde er nach zwei Jahren Haft wieder in die DDR entlassen, das war sein größter Kummer. Er sagte zum Abschied:

Ich werde mich so lange einsperren lassen, bis sie mich aus diesem Staat entlassen. Im Januar 83 wurde er wieder inhaftiert, heute lebt er in der Bundesrepublik. Einmal, als ich nicht essen wollte, sagte er zu mir: Du mußt essen, egal, wie der Fraß schmeckt, es geht ums Überleben, wir haben noch eine Aufgabe. Wir müssen an unsere Familie und an die Freiheit denken.

Die medizinische Betreuung ist im Zuchthaus sehr schlecht, eher lassen sie dich verrecken oder von den Mördern erschlagen, was in Brandenburg sowieso an der Tagesordnung ist. Den Angehörigen teilt man mit: Ist an Herzversagen (oder einer anderen Krankheit) verstorben. Also ganz normal, als hätte er draußen auch nicht gerettet werden können. Ich hatte monatelang schreckliche Schmerzen, und nur, weil ein Häftlingsarzt die Gefahr erkannte, wurde ich am 23. September 1982 in das Haftkrankenhaus eingeliefert. Die Darmoperation war am 30. September, und die letzten Tage vor der Entlassung aus dem Krankenhaus lag ich in blutiger Bettwäsche. Es sollten die letzten Schikanen sein. Am 19. Oktober ging ich mit anderen politischen Häftlingen auf Transport nach Karl-Marx-Stadt. Der Westen wollte uns haben, und auch mein Fall ist (trotz strenger Geheimhaltung) in der BRD bekanntgeworden.

Nun waren wir 15 Tage wieder in Stasi-Haft. Wir wußten, jetzt heißt es durchhalten, dies hier ist die Endstation. Wir bekamen Zivilkleidung, und ein Stasi-Aufseher verhöhnte mich: Was, in diesen Sandalen und zu dieser Jahreszeit wollen Sie in den Westen? Ich erwiderte: In diesen Sandalen bin ich von Ihren Genossen verhaftet worden, aber ich würde auch barfuß in den Westen laufen. Nach 13-monatiger Haft, am 4. November 1982, wurden wir von westdeutschen Bussen und Fahrern unauffällig nach Gießen gefahren. An der deutsch-deutschen Grenze stiegen die Herren von der Staatssicherheit aus. Wir waren in der Freiheit!

Die Erfahrung ehemaliger politischer Häftlinge lehrt, daß man erst ins Zuchthaus gehen muß, um in die Freiheit zu gelangen. Denn wer heute in der DDR zu Mauer, Stacheldraht und Unfreiheit schweigt, für den wird es morgen einen Gewissenskonflikt geben.

(Diesen bisher nicht veröffentlichten Bericht schrieb der Autor 1987.)

Fahrschein in die Freiheit.

Entlassungsschein	
Name	ZASTROW
Vorname	Armin
geb. am	27. 6. 1941 in Görlitz
wurde am	04. 11. 82 nach der BRD entlassen.
	
Er/Sie befand sich seit in Untersuchungshaft/im Strafvollzug.	
	
	
(Dienststempel) Unterschrift	

Veranstaltungen

15.2. (Di), 19.30 Uhr:

Anfangsjahre einer ungewöhnlichen Behörde. 20 Jahre Stasi-Unterlagen-Behörde. Vortrag u. Gespräch mit Herbert Ziehm, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Außenstelle Schwerin, 19065 Görslow

17.2. (Do), 19.00 Uhr:

Staatssicherheit und Wintersport. Das geheime DDR-Dopingsystem in Thüringen. Vortrag v. Thomas Purschke, Journalist; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: Volkshochschule Erfurt, Schottenstr. 7, 99084 Erfurt

17.2. (Do), 19.30 Uhr:

Kader, Spitzel, Spitzenkandidat. Die Karriere des Manfred „Ibrahim“ Böhme. Lesung mit Christiane Baumann, Autorin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Zentralbibliothek, Breiter Weg 109, 39104 Magdeburg

19.2. (Sa), 11.00 Uhr:

Rundfunksendung **„Kommunistische und postkommunistische Parteien in Europa – Eine Bilanz in Belarus, Ukraine und Rumänien“.** Aufzeichnung einer Konferenz des Hannah-Arendt-Instituts Dresden in Walbrzych/Polen; Produktion Margarita Stein OZE Berlin, Radio History, Berliner Kabelprogramm, Alex-OKB auf 96,2 MHz od. über www.alex-berlin.de

22.2. (Di), 18.00 Uhr:

Die stalinistischen Schauprozesse in den 50er Jahren in Ungarn. Ref. Dr. Rainer Barth, Berlin; Veranstaltung d. OEZ Berlin u.a.; Ort: Berliner Rathaus, Eingang Jüdenstr., Raum 300, 10178 Berlin

22.2. (Di), 19.00 Uhr:

Die Gefahr des Totalitären – Wird Deutschland wieder unberechenbar? Mit Lutz Rackow, Wirtschaftsjournalist, Berlin; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

22.2. (Di), 19.30 Uhr:

Tote an Mauer und innerdeutscher Grenze – Alles nur ein Spiel? Podiumsdiskussion mit Dr. Axel Klausmeier, Direktor d. Stiftung Berliner Mauer, Dr. Hubertus Knabe, Direktor d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Prof. Dr. Heiner Mühlmann, Staatliche Hochschule f. Gestaltung Karlsruhe, Helmut Preller, Designer u. Künstler, Rainer Wagner, UOKG-Bundesvorsitzender; Veranstaltung d. UOKG u.a.; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

23.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Die Partei im Betriebsalltag. Vortrag v. Prof. Dr. Sandrine Kott, Universität Genf, aus d. Reihe „Die Geschichte der SED zwischen Mauerbau und Mauerfall“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Stiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

23.2. (Mi), 19.30 Uhr:

Archive der Konspiration. Die Bedeutung der Stasi-Akten für die kirchliche

Wiedervereinigung vor 20 Jahren

In der Schriftenreihe der „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ erschien im September letzten Jahres eine Veröffentlichung, die in Form etlicher Beiträge von bekannten Zeitzeugen des Herbstes '89 sowie anerkannter Professoren der Politischen Wissenschaften jene schicksalhafte Zeit darlegt. Überaus positiv zu bewerten sind ihr recht hohes Niveau, die Ausführungen sind stets belegt mit Dokumenten – nicht nur aus Deutschland, und ihr Gehalt an ungeschminkter Wahrheit. Offen wird bekannt, daß während der 80er Jahre kaum jemand noch in West-Deutschland die Wiedervereinigung unter westlichem Vorzeichen forderte: Man hatte sich mit dem Status quo der Zweistaatlichkeit – „wenn auch zähneknirschend“ – abgefunden. Selbst Politik und Wissenschaft wußten wenig über den anderen Teil Deutschlands, dessen Wirtschaftslage sie zudem stark überschätzten. „Wie ahnungslos eine übergroße Mehrheit“ der Bundesbürger war, resümiert ein Beitrag, um andererseits zu betonen: „Wer sehen wollte, konnte sehen!“ Bei den westdeutschen Parteien war die SPD von der Einheit völlig abgerückt. Auch bei der CDU gab es Kreise, welche sie nicht mehr als wichtigstes Ziel Bonner Politik sahen. Bundeskanzler Kohl trat stets für sie ein, gehörte bis August '89 aber zu den sehr Vorsichtigen.

Das westliche Europa wertete die Teilung als Voraussetzung für Frieden und Sicherheit gegenüber dem Sowjetblock. Auch Washington hoffte allenfalls auf mehr Entspannung – nicht aber auf Durchsetzung der Freiheit in ganz Europa. Reagans Aufforderung, die Berliner Mauer zu öffnen, blieb Ausnahme. Bei den Aufsätzen über die Oder-Neiße-Grenze im vorliegenden Buch erfährt der Leser, daß bei der polnischen Opposition damals „weit aus mehr über die deutsche Einheit diskutiert wurde als in Deutschland selbst“ – und zwar positiv.

Behauptungen, kaum jemand habe die Ereignisse vorhergesehen, stimmen nur bedingt: Wahrheit ist, die Analysen des BND, der CIA und des SIS wurden von ihren Regierungen nicht geglaubt! Nach dem Mauer-Fall traten führende Kräfte der Opposition für eine demokratisierte, aber weiterhin eigenständige DDR ein. Es war die Bevölkerung, die auf „Deutschland, einig Vaterland!“ drängte. Sie bestimmte das Tempo der Entwicklung – nicht die Regierungen in Bonn und Ost-

Berlin. Wohl aus Sorge vor innerer Destabilisierung und internationaler Unruhe zögerte Kohl nach jenem 9. November 1989 zunächst zwei Wochen, um sich dann mit seinem Zehn-Punkte-Programm an die Spitze der Einheitsbewegung zu setzen.

Gerade in den Verhandlungen mit den vier Siegermächten zeigte er „eine verblüffend staatsmännische Weitsicht“. Aber auch Genscher lehnte eine Wiedereinsetzung jener Vier-Mächte-Verantwortung über Deutschland strikt ab, die Deutschen sollten nunmehr gleichberechtigt am Verhandlungstisch sitzen. Mittrand aber sah sich immer noch als eine Siegermacht von 1945. Paris, London und Moskau glaubten, sich auf den Widerstand der jeweils anderen Seite gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands verlassen zu können – zu der sich Frankreich und Großbritannien aber wiederholt verpflichtet hatten. Nur der US-Präsident unterstützte Bonn rückhaltlos. „Diese unverbrüchliche Achse allein garantierte, daß die Vereinigung Deutschlands überhaupt möglich wurde.“ Die USA waren es, die die sowjetische Führung überzeugen konnte, daß ein neutrales, ungebundenes Deutschland eine Gefahr darstellen konnte, ein wiedervereinigtes, in der NATO eingebundenes Deutschland jedoch die europäische Sicherheit stabilisieren würde – ohne gleichzeitig die UdSSR zu erniedrigen oder ihre Sicherheitsinteressen zu beeinträchtigen.

Die 1990 frei gewählte DDR-Regierung ging davon aus, „eine eigene, aus der Erfahrung und der Überwindung der Diktatur gespeiste Geschichte und Würde in die deutsche Einheit einzubringen, die auf möglichst gleicher Augenhöhe stattfinden sollte.“ Tatsächlich aber war es keine gleichberechtigte Vereinigung von zwei Parteien, sondern – allerdings in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung – eine Wiedervereinigung nach westdeutschen Maßstäben. Deren dabei übermäßig hohe Erwartungen an die alte Bundesrepublik wurden indes bald von tiefen Enttäuschungen abgelöst. Bedingt durch das oft sieghafte Verhalten nicht weniger Westdeutscher, wobei nur recht selten der nötige Respekt vor der Lebensleistung der einzelnen Menschen in der DDR gezeigt wurde, entstand dort bald der Eindruck, lediglich „Bürger zweiter Klasse“ zu sein. Nötig sei auch heutzutage die Be-



reitschaft zum gegenseitigen Verständnis, an der es oftmals fehle.

Ein sehr gutes Buch, dem man große Verbreitung wünscht.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

.....
Tilman Mayer: 20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2010, 270 S., 28,-€

Die Schwarzenberg-Utopie

Dies ist die Geschichte eines kurzen absurden Experiments im West-Erzgebirge 1945. Aus bislang unerfindlichen Gründen wurde das Gebiet um die Stadt Schwarzenberg von den Besatzungsmächten zunächst nicht eingenommen.

Bereits seit Ende des Ersten Weltkrieges gab es eine starke kommunistische Strömung in der Bevölkerung Schwarzenbergs. Deren politische Aktivitäten endeten oft in Schlägereien mit der Polizei – manch einer landete dann im Gefängnis, später auch im KZ. Nach Kriegsende sahen die ehemaligen Kämpfer ihre Zeit gekommen und beschlossen, angesichts der vermeintlichen Freiheit nun allein gegen den Rest der Welt zu bestehen.

Der Schriftsteller Stefan Heym hat diese sechs Wochen – bis Mitte Juni 1945 – in seinem Roman „Schwarzenberg“, erschienen 1987, romantisierend verarbeitet: tüchtige Kommunisten werden aktiv und versuchen, eine eigenständige Verwaltung aufzubauen. In der Realität aber wurde mehr oder minder gewurstelt. Die in der Verwaltung unerfahrenen Genossen bemühten sich sogleich, ihre früheren Feinde kaltzustellen, indem sie aus den Ämtern gejagt, verhaftet und enteignet wurden. Mit den sogenannten Kapitalisten hatten viele noch eine Rechnung offen. So plusterte man sich jetzt mächtig auf und beschloß, daß die Umverteilung des Kapitals schon der richtige Weg zum idealen Miteinander sei. Allerdings fehlte es an Ausbildung, Kompetenz und Erfahrung. Wie eine Verwaltung zu funktionieren hat, war weitgehend unbekannt, wie Korruption funktioniert, schon eher. Man versuchte, sowohl bei den Amerikanern als auch bei den Russen Unterstützung vor allem durch Lebensmittel zu erhalten, um sich ansonsten aber wie in Asterix' Kleinbonum als Insel zu behaupten. Die Illusion platzte, als die sowjetische Besatzungsmacht Mitte Juni 1945 einmarschierte, der man sich sofort anzudienen beeilte: denn Kommunismus, das konnte man! Die Wochen zuvor waren ja ein

gutes Übungsfeld für biographische Verfälschungen, Denunziationen und Festnahmen gewesen. Offenbar wurde das von den neuen Machthabern akzeptiert, und die Mannschaft des Übergangs gehörte bald zum politischen Establishment.

Für mich war die Geschichte von besonderem Interesse, weil ich mich mit meiner Familie auf der Flucht vor den Russen im Mai 1945 ca. zwei Wochen in Erla bei Schwarzenberg aufhielt. Unser Vater, Technischer Direktor der FRAMO-Werke in Hainichen/Sachsen, wurde jedoch von seinem Bruder zurückgepfiffen. Es würde schon nichts passieren, und er könne doch nicht Firma und Mitarbeiter im Stich lassen. Gleich nach seiner Rückkehr wurde er in Hainichen verhaftet. Ein Schicksal, das er mit ca. 180 000 Zivilisten in der Sowjetischen Besatzungszone teilte. Unser Vater starb im September 1945 in einem Vernichtungslager des russischen Geheimdienstes NKWD in Tost/Oberschlesien. Auch einige Schwarzenberger sind über das Zuchthaus Bautzen nach Tost gekommen und dort gestorben.

Autorin Leonore Lobeck hat diese wenigen Wochen der Geschichte Schwarzenbergs in verschiedenen Archiven akribisch recherchiert und eine Auswertung des gesichteten Aktenmaterial vorgenommen. Die Forschungsergebnisse dokumentieren bisher unveröffentlichte politische Zusammenhänge und Tatsachen, die die Legende von der „Freien Republik Schwarzenberg“ ad absurdum führen. Michael Beileites, ehemaliger Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Sachsen, hat ein Vorwort dazu geschrieben.

Sybillie Krägel

.....
Leonore Lobeck: Die Schwarzenberg-Utopie. Geschichte und Legende im „Niemandland“, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2004, 192 S., 9,80 €

Veranstaltungen

Zeitgeschichte. Vortrag v. Prof. Dr. Josef Pilvousek, Ord. Prof. f. Kirchengeschichte, Universität Erfurt; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Erfurt, Coelcium (Vorlesungssaal), Domstr. 10, 99084 Erfurt

24.2. (Do), 14.00-19.30 Uhr:
Besuchertag. Mit Archivführungen, Bürgerberatung, Antragstellung; 18.00 Uhr: Das MfS – ein ganz normaler Geheimdienst? Vortrag u. Diskussion mit Dr. Jens Gieseke, ZZf Potsdam; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, Seiteneingang C, 01129 Dresden

24.2. (Do), 18.00 Uhr:
Die Aufarbeitung des Kommunismus im heutigen Rußland. Veranstaltung d. OEZ Berlin; Ort: Berliner Rathaus, Eingang Jüdenstraße, Raum 300, 10178 Berlin

24.2. (Do), 19.00 Uhr:
Politische Justiz in der DDR. Vortrag mit Dr. Hans-Jürgen Grasmann, Oberstaatsanwalt; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Rathausaal, Rathausplatz 1, 23936 Grevesmühlen

26.2. (Sa), 10.00-19.00 Uhr:
Tag der offenen Tür. Mit Führungen, Ausstellungen, Bürgerberatung; 13.00 Uhr: Archiv des Unrechts – Die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter. Vortrag v. Dr. Hans-Jürgen Grasmann, Oberstaatsanwalt; 15.00 Uhr: Die zwei Tode der Marienetta Jirkowsky. Vortrag v. Prof. Dr. Stefan Appellus, Universität Oldenburg; 17.00 Uhr: „Die Stasi hatte nicht nur Papier...“ BStU-Vortrag; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Außenstelle Frankfurt/O., Fürstenwalder Poststr. 87, 15234 Frankfurt

26.2. (Sa), 19.00 Uhr:
Irina – eine wolgadeutsche Tragödie. Mit Autorin Marianne Blasinski, Berlin; Veranstaltung d. OEZ Berlin Verlages; Ort: Kulturhaus Kietzspinne, Schulze-Boysen-Str. 38, 10365 Berlin

3.3. (Do), 19.00 Uhr:
Kurs West! Fluchten aus der DDR mit Schiffen der Volksmarine und Mini-U-Booten. Vortrag; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg, Ort: Außenstelle Magdeburg, Georg-Kaiser-Str. 4, 39116 Magdeburg

8.3. (Di), 19.00 Uhr:
Fahnenflucht zur See – die Volksmarine im Visier des MfS. Sachbuchvorstellung mit d. Autor Dr. Ingo Pfeiffer, Fregatkapitän a.D.; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

9.3. (Mi), 18.00 Uhr:
Von der SED zur PDS zur Linkspartei. Vortrag v. Dr. Gero Neugebauer, FU Berlin, aus d. Reihe „Die Geschichte der SED zwischen Mauerbau und Mauerfall“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Stiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Kicken für die Partei

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlichen Dank unseren Spendern

Horst Gustke, Dr. Kurt Hauschild, Horst-Günter Lisk, Hans-Georg Metzsch, Chris Milcke, Reinhard u. Brunhilde Nedlitz, Helma von Nerée, Heinz Nietsch, Dr. Heinrich Polthier, Ruprecht von Poncet, Hans u. Gudrun Schramm, Lydia Wiebeck, Helma Zietze

BSV Berlin-Brandenburg

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Peter Ahrens, Günter Antrack, Hartmut Behle, Bärbel Below, Uwe Bensch, Berliner Heimkehrer Sozialwerk, Dr. Georg Beyer, Klaus Bohlken, Dr. Jost Brehmer, Barbara Brömel, Klaus Buchholz, Gerold von Busse, Ulrich u. Anneliese Büttner, Gerhard Dietzel-Preveaux, Eugen Dunzelt, Kurt Eifler, Margitta Eikenberg, Peter G.M. Feige, Horst Fichter, Christiane Franke, Ursula Franke, Peter Frenz, Dietmar Freudenreich, Hans-Dieter Fritsch, Gottfried Fröhlich, Klaus Gabel, Siegfried u. Margarete Geisser, Ralf Georgi, John



UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist,
ist nach Elternzeit ab
15.2.2011 wieder erreichbar.
Mo-Do, 10-16 Uhr
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen. Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63 32, E-Mail bsv-beratung@gmx.de
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen. Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

10.3. (Do), 19.30 Uhr:

„Der Tag, an dem unser Vater uns erzählte, daß er ein DDR-Spion sei“. Lesung u. Gespräch mit Autor Thomas Raufelsen; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

10.3. (Do), 19.30 Uhr:

„Die Stasi hatte nicht nur Papier...“. Bilder, Töne und Datenträger aus dem Archiv des MfS. Vortrag u. Gespräch mit Silvia Oberhack, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Kulturforum der Landeshauptstadt Schwerin, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

15.3. (Di), 19.00 Uhr:

Der irrationale Rest. Fluchtversuch, Stasi-Haft und Freikauf in den Westen. Filmabend u. Zeitzeugengespräch mit Matthias Melster, ehem. politischer Häftling; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte der BStU in der ehemaligen U-Haftanstalt der Stasi, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

15.3. (Di), 19.00 Uhr:

DDR-Jugend in den Achtzigern. Vortrag u. Gespräch mit Caroline Fricke, Historikerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Gymnasium „Am Sonnenberg“, Am Sonnenberg 1, 19089 Crivitz

17.3. (Do), 19.00 Uhr:

Frühling auf dem Lande. Die Zwangskollektivierung der DDR-Landwirtschaft. Vortrag mit Dr. Jens Schöne, LStU Berlin, Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Stavenhagen Stadtbibliothek, Malchiner Str. 26, 17153 Stavenhagen

22.3. (Di), 19.00 Uhr:

Die Postkontrolle der Stasi. Mit Autor Peter Hellström; Veranstaltung d. Gedenkstätte zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkstätte, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

22.3. (Di), 19.00 Uhr:

Die Kunst der Erinnerung. Über die Deutungskonkurrenz zwischen Zeitzeugen und Zeithistorikern. Podiumsgespräch der Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Stiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

24.3. (Do), 19.00 Uhr:

Der gute Vater, eine Tochter klagt an. Wie Stasi-Akten die unbekannte NS-Vergangenheit des Vaters ans Licht brachten. Filmvorführung u. Gespräch mit Beate Niemann, Autorin, Yoash Tatari, Filmemacher; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadtmuseum Halle, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle

(VT)Fußball war in der DDR Volkssport Nummer eins. Doch während die DDR in anderen sportlichen Disziplinen glänzte, ging sie bei internationalen Fußballwettkämpfen meist leer aus. Dabei wurde Fußball wie kaum eine andere Sportart finanziell und personell unterstützt. Die mageren Erfolge waren eine Niederlage für die Staats- und Parteiführung der SED-Diktatur.

„Fußball in der DDR. Kicken im Auftrag der SED“ bietet einen kompakten Überblick der DDR-Fußball-Geschichte für die politische Bildungsarbeit. Autor Hanns Leske beschreibt, wie Sportvereine nach sowjetischem Vorbild in Betriebssportgemeinschaften umstrukturiert wurden. Unter dem Motto „Sport auf Produktionsbasis“ rückte man vom bürgerlichen „Nur-Sportlertum“ ab und schuf so unpräzise Clubnamen wie „Lokomotive Leipzig“ und „Turbine Potsdam“. Leske dokumentiert Höhepunkte und Tiefschläge der DDR-Fußballgeschichte und behält dabei die Einflußnahme von SED und MfS im Blick.

Dr. Hanns Leske ist Politikwissenschaftler und hat bereits mehrere vielbeachtete Publikationen über Fußball in der DDR verfaßt.

.....
Hanns Leske: Fußball in der DDR. Kicken im Auftrag der SED, Bundesstiftung Aufarbeitung u. Landeszentrale f. politische Bildung Thüringen 2011, ca. 143 S., 3,- € Schutzgebühr, Bezug über: Bundesstiftung Aufarbeitung, E-Mail buero@stiftung-aufarbeitung.de
.....

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Februar Geburtstag haben

Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Heinz Grünhagen am 14. Februar, Viktor Gorynia am 18. Februar, Heinz-Dieter Schweikert am 19. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Dr. Helmut Schneider am 24. Februar, Fritz Giese am 25. Februar, Martina Jacobi am 27. Februar, Hans Schwenke, Hans-Peter Walter am 28. Februar

Gerstner, Joachim Golde, Kurt Göringer, Rolf Granert, Siegfried Grundig, Horst Gustke, Klaus Habenicht, Emil Hanisch, Charlotte Heidenreich, Wolfgang Heilmann, Helmut Hein, Ilse Helldrich, Horst Henning, Dieter Henning, Andreas Martin Herzog, Theodor Hilbig, Wolfgang Hirth, Eva Irmsch, Dietrich u. Hildburg Jacobs, Prof. Dr. Siegfried Jenkner, Gerhard u. Marianne Jost, Erich Kauer, Günter Kleindienst, Otto Klingbiel, Steven Knudsen, Ursula Krause, Stefan Krikowski, Dietrich Krug, Heinz Kühn, Frank Kühnast, Michael Kunath, Franz Kurzidim, Rolf Leonhard, Willi Leppler, Anneliese Liening, Harry Mergner, Udo Michelmann, Chris Milcke, Werner Morgenstern, Irmgard Müller, Dieter Neukamm, Wolfgang Nicolaus, Dietrich Nolte, Hanns Osterloh, Dr. Hermann Oswald, Lothar Otter, Dr. Peter Pape, Heinrich Petri, Ruprecht von Poncet, Luise-Marie Poulakos, Otto Pröneck, Marieliese Radtke, Gerda von Reitzenstein, Hans Rocke, Günter Roike, Willi Rösiger, Günther Schlierf, Siegbert Schmolke, Winfried u. Doris Schön, Roswitha Schulte-Karring, Horst Schultz, Ulrike Schultz, Dietrich Schulz, Werner Schulze, Elisabeth Schuster, Heinz-Dieter Schweikert, Rolf Simon, Karl Sorge, Günter Stang, Günter Stark, Roland Steinbach, Gotthilf Sternberg, Christiane Thiele, Walter Thies, Herbert Voigt, Karl-Hans Volke, Margret Wegener, Hugo Weiß, Dr. Manfred Winkler, Elvira Wölfel, Michael Wühle, Matthias Wünsche, H. Wüstemann, Günther Zausch, Dorothea Zweynert

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

**Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV)
LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia
E-Mail: bsvbb@yahoo.de
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle

Ansprechpartner: Elke Weise
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14,
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Nr. 665 52 45 01
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

**Union der Opferverbände Kommunistischer
Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbändekoordination: Carola Schulze,
Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14,
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

.....
Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Abo- und Spendenkonto: BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG  **AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 300
Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 25. Januar 2011

